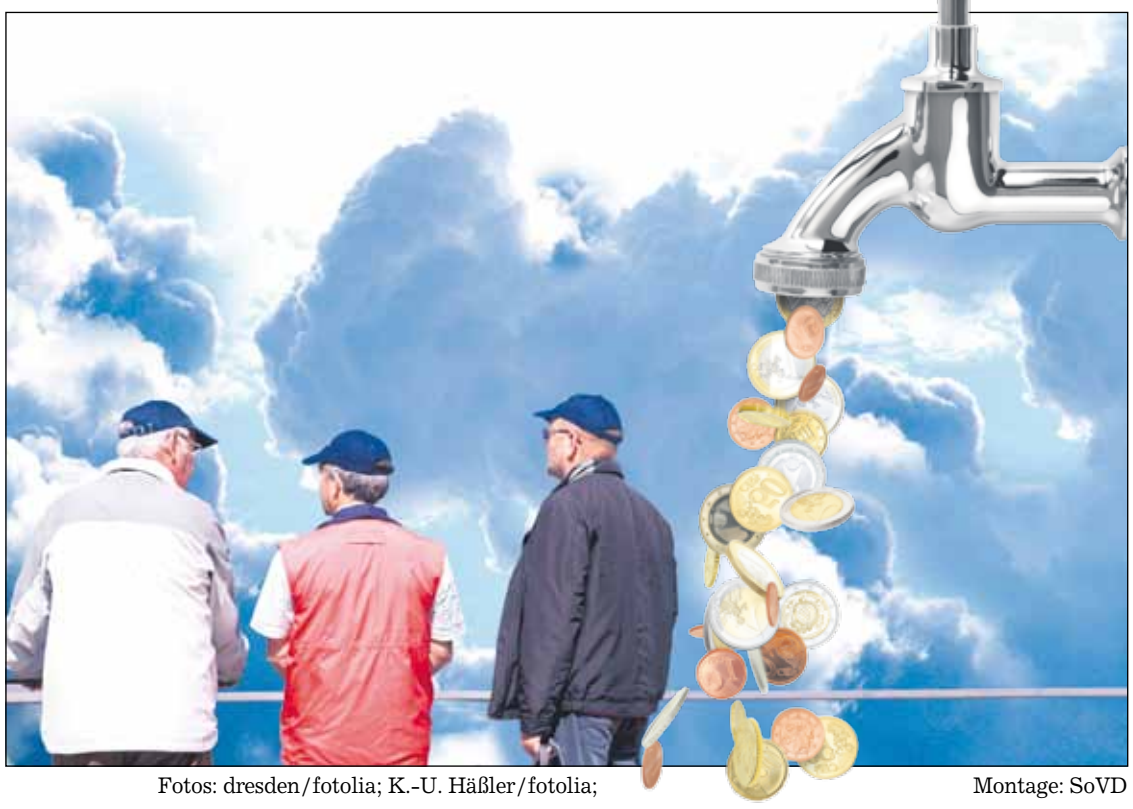
SoVD
Sozialverband Deutschland
Soziales im Blick

Nr. 5 | SoVD-Zeitung | Ausgabe Berlin / Brandenburg | Mai 2012

Was tun mit den Mehreinnahmen der Sozialversicherung?

Überschüsse sinnvoll nutzen

Im April legte das Statistische Bundesamt Zahlen vor, wonach die Sozialversicherung im letzten Jahr unerwartet hohe Einnahmen zu verzeichnen hatte. So weist etwa die Gesetzliche Krankenversicherung einen Überschuss von 9,3 Milliarden Euro auf, während es im Bereich der Rentenversicherung 4,4 Milliarden Euro sind. Sofort entbrannte ein politischer Streit um die Verwendung der zusätzlichen Gelder. Die Vorschläge reichen von einzelnen Beitragssenkungen bis zu einer Abschaffung der zehn Euro Praxisgebühr. Einhellig wird beteuert, dass es dabei um eine Entlastung der Bürger gehe. Doch mit welcher Maßnahme ist den Menschen tatsächlich am Besten geholfen?



Fotos: dresden/fotolia; K.-U. Häßler/fotolia; Montage: SoVD

Normalerweise hält die Politik den Geldhahn fest verschlossen. Nachdem vor allem Renten- und Krankenversicherung Mehreinnahmen verzeichnen, könnte sich dies jedoch ändern.

Unter den Oberbegriff der gesetzlichen Sozialversicherung fallen die Zweige der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfall- sowie der Pflegeversicherung. Deren jeweilige Leistungen werden in unterschiedlichen Anteilen finanziert durch Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber, deren Höhe sich in der Regel an den gezahlten Bruttolöhnen und -gehältern orientiert. Kommt es wie im aktuellen Fall aufgrund einer guten konjunkturellen Lage dazu, dass die Versicherten insgesamt mehr Geld in die Sozialkassen einzahlen, als davon umgekehrt für Leistungen ausgegeben wird, entstehen Überschüsse. Da dieses Plus zum Großteil aus den Abgaben der Bürgerinnen und Bürger besteht, ist der Gedanke, diese davon wiederum profitieren zu lassen naheliegend. Allerdings tun sich in der aktuellen politischen Diskussion Unterschiede darüber auf, wie dies am Besten geschehen sollte.

Forderungen nach Beitragssenkungen

Eine Stoßrichtung zielt auf eine Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Kranken- bzw. Rentenversicherung. Eine solche Abgabensenkung wird vor allem vonseiten der Arbeitgeber sowie aus den Reihen der CDU gefordert. Nachdem der Beitragssatz zur Rentenversicherung bereits zum Januar dieses Jahres um 0,3 Prozentpunkte gesenkt wurde, könnte er 2013 um weitere 0,4 oder „sogar“ um 0,6 Prozentpunkte reduziert werden.

Was den Krankenkassenbeitrag angeht, so käme eine Absenkung um 0,4 Prozent in Betracht. Die Ironie daran: Der Beitragssatz für die Krankenversicherung war zuletzt 2011 um 0,6 Prozentpunkte erhöht worden, nachdem er anderthalb Jahre zuvor um den gleichen Wert gesenkt worden war.

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

www.menschenAb50.de

Unfall-Vorsorge mit Premium-Schutz für SoVD-Mitglieder

Unfall-Vorsorge mit Notfall-Plus Premium

- Aufnahme bis 80 Jahre
- Keine Gesundheitsfragen
- Invaliditätsleistung bereits ab 1 %
- Krankenhaus-Tagegeld im In- und Ausland
- Lebenslange Unfall-Rente
- Hilfe- und Pflegeleistungen
- Umzugs- oder Haus-Umbaukosten

Haben Sie Interesse?
ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für Verbandsgruppenversicherungen, 22287 Hamburg

ERGO

Blickpunkt

Am 23. Mai feiert der Sozialverband Deutschland sein 95-jähriges Bestehen. Der Sonderbeitrag auf Seite 5 macht deutlich, auf welch umfassendes und erfolgreiches Wirken der SoVD zurückblicken kann. Unser sozialpolitisches Engagement schon als Reichsbund hat maßgeblich zum Aufbau und Erhalt des deutschen Sozialstaates beigetragen. Die Interessen unserer inzwischen 540 000 Mitglieder haben wir in zahllosen Fällen vor Gericht durchgesetzt. Und in den rund 3000 Orts- und Kreisverbänden wird Gemeinschaft und Solidarität im ehrenamtlichen Engagement real gelebt. Heute stehen wir mehr denn je vor großen verteilungspolitischen Veränderungen. Viele europäische Staaten stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Folge ist ein Abbau in den sozialen Sicherungssystemen. Unsere Aufgabe muss es deshalb in Zukunft auch sein, darauf zu achten, dass die Kürzungspolitik auf europäischer Ebene nicht bis zu uns durchschlägt. Die Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit muss endlich auch von Finanzpolitikern wahrgenommen werden. Krisen dürfen nicht länger zulasten unbeteiligter und benachteiligter Menschen ausgetragen werden! Frieden und Fortschritt kann es nur auf der Basis sozialer Gerechtigkeit geben! Dafür werden wir uns als Verband weiterhin mit ganzer Kraft einsetzen.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

Ein Erfolgsmodell mit Zukunft

95 Jahre Sozialverband Deutschland (SoVD)
Seite 5

Die Geschichte von Lina

Demenz am Ende eines langen Lebens, erster Teil
Seite 3

SoVD-Jugend in Berlin

Bundesjugendkonferenz vom 17. bis 20. Mai
Seite 6

SoVD Jugend

Natürlich und preiswert – Bestattungstrends

Der gesellschaftliche Wandel verändert die Bestattungswünsche
Seite 7

Fortsetzung von Seite 1

Überschüsse sinnvoll nutzen

Dieser Umstand zeigt, dass sich die Einnahmesituation im Gesundheitsbereich relativ schnell verändern kann. Dies wird umso deutlicher an den Zusatzbeiträgen von acht Euro und mehr, die einige Krankenkassen noch kürzlich von ihren Mitgliedern eingefordert haben, weil sie mit ihren Geldmitteln nicht auskamen. Angesichts der verbesserten Finanzlage können die meisten Kassen nun auf diese Zusatzeinnahmen verzichten. Fragt sich nur, wie lange dieser erfreuliche Zustand anhält.

Von der Beitragssenkung zur privaten Finanzierung

Geht man davon aus, dass sich die Einnahmesituation der Krankenkassen also auch wieder verschlechtern kann, erscheint eine Senkung des Beitragssatzes langfristig wenig sinnvoll. Angesichts der diskutierten 0,4 Prozent würde die Entlastung für die versicherten Menschen ohnehin eher bescheiden ausfallen und wäre kaum spürbar – zumal die Hälfte auf die Arbeitgeber entfallen würde. Sollten die Krankenkassen dann jedoch wieder Geld benötigen, würden als erstes Zusatzbeiträge erhoben. Und diese müssten dann die Versicherten aus eigener Tasche zahlen, da sich die Arbeitgeberseite daran nicht beteiligt.

Ähnlich verhält es sich im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung. Forderungen nach einer weiteren Absenkung des Beitragssatzes klingen zunächst verlockend. Auch diese Entlastung müsste sich der überwiegende Teil der Arbeitnehmer und -geber teilen. Sinken die Einnahmen der Rentenkasse wieder, müsste der zuvor gesenkte Beitragssatz logischerweise wieder erhöht werden. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass genau dies politisch nicht gewollt ist, da man die Arbeitgeber nicht durch höhere Sozialabgaben belasten will. In der Folge geriete die Gesetzliche Rentenversicherung erneut unter Beschuss. Deren Kritiker würden einer weiteren Privatisierung – und nichts anderes sind letztlich auch die Zusatzbeiträge innerhalb der Krankenversicherung – das Wort reden.

Zusammenfassend sollten daher gerade angesichts einer positiven Wirtschaftslage nicht die langfristigen Herausforderungen in den Bereichen Rente und Gesundheit unterschätzt werden. Schließlich werden wir alle – glücklicherweise – immer älter und benötigen dementsprechend sowohl ein gesichertes Einkommen als auch eine qualitative medizinische und pflegerische Versorgung. Eine geringfügige Beitragssenkung, die auf Umwegen möglicherweise zu privaten Zusatzbelastungen führt, steht daher nicht im langfristigen Interesse der Versicherten.

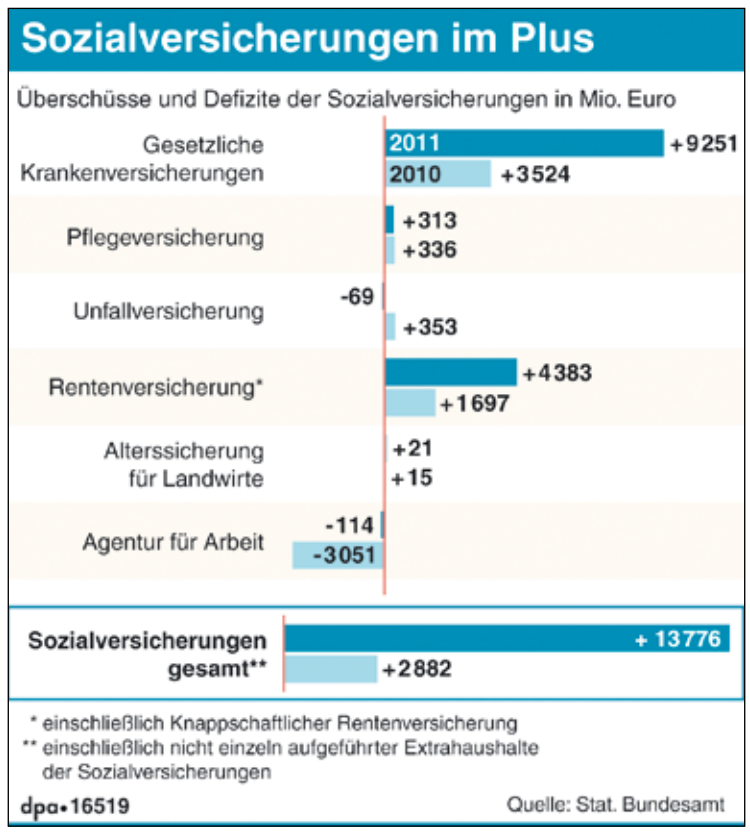
Kommt das Aus für die Praxisgebühr?

Einen anderen Vorschlag, die Beitragszahler an den zusätzlichen Einnahmen teilhaben zu lassen, vertritt Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP). Dies sogar gegen den expliziten Wunsch von Kanzlerin Merkel, was die Erfolgsaussichten des Ministers deutlich mindert. Bahr macht sich für eine Abschaffung der Praxisgebühr von zehn Euro stark, die bisher quartalsweise bei jedem Arztbesuch zu entrichten ist. Für deren ersatzlose Streichung sprechen durchaus gute Argumente.

Zum einen war die Gebühr vor acht Jahren von der rot-grünen Bundesregierung eingeführt worden, um die Zahl der Arztbesuche und damit die Kosten im Gesundheitssystem zu reduzieren. Beides, so hat sich inzwischen gezeigt, wird durch die Abgabe nicht erreicht. Zum anderen hat die Arztgebühr nicht hinzunehmende soziale Nebenwirkungen, da sie vor allem einkommensschwache Menschen davon abhält, rechtzeitig medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Vor allem aus diesem Grund fordert auch SoVD-Präsident Adolf Bauer ihre Abschaffung: „Die Praxisgebühr benachteiligt insbesondere chronisch kranke, behinderte und ältere Menschen. Sie werden für eine Gebühr zur Kasse gebeten, die als Steuerungsinstrument zur Absenkung der Arztbesuche nachweisbar untauglich ist."

Solidarische Finanzierung hat sich bewährt

Durch die Praxisgebühr fließen jährlich annähernd zwei Milliarden Euro direkt an die einzelnen Krankenkassen. Deren jeweilige finanzielle Situation ist durchaus unterschiedlich, größere Kassen – wie zum Beispiel die Techniker Krankenkasse – haben jedoch sehr hohe Rücklagen gebildet und könnten einen Wegfall der Praxisgebühr durchaus verkraften. Dies wäre letztlich auch für die Versicherten direkt spürbar.



Grafik: dpa-infografik

Ungewohnter Geldsegen in den Sozialkassen: Im vergangenen Jahr erzielten vor allem die Gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung hohe Überschüsse.

Allerdings bliebe auch dabei das Risiko einer schwankenden und sich wieder verschlechternden Einnahmesituation im Gesundheitssystem bestehen.

Langfristig führt daher kein Weg an einem paritätisch finanzierten und am tatsächlichen Bedarf orientierten Finanzierungsmodell vorbei. Ein solches bietet das auch vom SoVD vertretene Konzept einer Bürgerversicherung. Die Diskussion über die in der Sozialversicherung vorhandenen Überschüsse zeigt eines jedoch sehr deutlich: Entgegen so mancher Behauptung hat sich das Prinzip einer solidarischen Umlagefinanzierung nämlich als grundsätzlich stabil erwiesen. *Joachim Baars*

Personalien

Martina Gehrmann ist seit Anfang Februar neue Bundesgeschäftsführerin des Sozialverband Deutschland (SoVD). Diese Funktion führte sie kommissarisch bereits seit Juli 2011 aus. Zuvor war sie Abwesenheitsvertretung der Geschäftsführung und Leiterin der Bundesrechtsabteilung.

Martina Gehrmann hat Rechtswissenschaft studiert und war danach als Rechtsanwältin tätig. Die sozial engagierte 37-Jährige ist ehrenamtliche Richterin am Sozialgericht Berlin und Vorsitzende der Schiedsstelle des SoVD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg.

Martina Gehrmann

Streit ums Betreuungsgeld

Rückschritt oder Ausgleich?

Die Parteien streiten sich erbittert um das Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder zuhause betreuen wollen. Die Erfahrungen im Ausland zeigen, dass das Betreuungsgeld soziale Unterschiede weiter verstärkt und sich für Frauen negativ auswirkt.

Der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. Die Parteiengemüter erhitzen sich an immer neuen Reizthemen, aktuell ist es das Betreuungsgeld. Die CSU droht mit Koalitionsbruch, SPD und CDU erwägen eine Verfassungsklage, auch innerhalb der FDP und CDU gibt es Zweifel am Nutzen des Betreuungsgeldes. Das sieht vor, dass Eltern, die ihr Kind zu hause betreuen, ab 2013 monatlich 100 Euro, ab 2014 150 Euro pro Kind bis zum dritten Lebensjahr bekommen.

Kritiker weisen auf die Erfahrungen in Skandinavien hin, die gezeigt haben, dass mehrheitlich sozial schwache Familien und Migrantenfamilien das Angebot nutzen.

Auch der SoVD sieht diese Gefahr und befürchtet, dass es die Frauen noch stärker im Erwerbsleben und damit beim Rentenanspruch benachteiligt .Statt dessen hält es der SoVD für sinnvoller, das Geld in den Ausbau eines flächendeckenden Kinderbetreuungsangebotes zu stecken.

Foto: Bonnie Caton/fotolia

Das Betreuungsgeld wird von Kritikern als „Herdprämie" diffamiert, die Frauen in ein altes Rollenbild zurückdrängt.

Demenz am Ende eines langen Lebens (erster von drei Teilen)

Die Geschichte von Lina

Das Örtchen Mundersum gehörte einst als Bauernschaft zu dem Dorf Bramsche im westlichen Niedersachsen. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts lebten dort nicht mehr als vielleicht 300 Menschen. Einer dieser Menschen war Lina Saalmann. Sie wurde dort geboren, ist dort zur Schule gegangen und hat auch nach ihrer Heirat das Emsland nie verlassen. Als sie im hohen Alter an Demenz erkrankt, verschwinden viele Details aus ihrem langen Leben. Gerade Erinnerungen an ihre Kindheit sind es jedoch, die in ihr wach bleiben und immer wieder an die Oberfläche dringen. Dies ist die Geschichte von Lina.

Im Alter wird Lina Saalmann zuhause gepflegt. Dabei entstehen Tagebücher, aus denen die auf dieser Seite abgebildeten Fotos stammen.

Die Gruppe der Kinder, die sich an diesem Morgen auf dem staubigen Weg querfeldein bewegt, muss immer wieder auf ein kleines, schmächtiges Mädchen warten, das mit dem Tempo der anderen nicht so recht mithalten kann. Kaum hat es aufgeschlossen, fällt es aufgrund seiner kurzen Beinchen auch schon wieder zurück. Irgendwann erreichen die Geschwister dennoch gemeinsam die Dorfschule, bevor sich nach dem Ende des Unterrichts das Schauspiel in umgekehrter Richtung wiederholt. Da die Eltern eine Landwirtschaft haben, müssen auch die Kinder nach der Schule mit anpacken. Die Arbeit ist hart, die Zeiten sind es auch. Sie werden noch härter, doch vom nahenden Ausbruch des Ersten Weltkrieges ahnt damals noch niemand etwas.

Lina wächst als jüngstes Kind in eher ärmlichen Verhältnissen auf. Für die schwere körperliche Arbeit ist sie schon aufgrund ihrer Statur eigentlich nicht geschaffen, trotzdem hilft sie mit so gut sie kann. Wie so viele Menschen ihrer Generation, lernt Lina in dieser Zeit, dem ständigen Mangel das Nötigste abzutrotzen, um schlicht und einfach zu überleben. Die Erlebnisse von damals prägen die zierliche Frau so nachhaltig, dass sie es noch Jahrzehnte später nicht übers Herz bringen wird, eine Scheibe Wurst zusätzlich aufs Brot zu legen. Immer wieder wird sie auch als alte Frau, die ein paar zusätzliche Kalorien gut gebrauchen könnte, Wasser in die ohnehin schon dünne Suppe kippen und sich weigern, eine

In ihrem Garten verbringt Lina so viel Zeit wie möglich.

Scheibe Brot zu essen, auf der die Butter nicht so dünn wie möglich aufgetragen wurde. Fast schon ein wenig störrisch wird die weißhaarige Dame dann den Teller entrüstet von sich schieben und auf plattdeutsch sagen: „So wat macht man nich!“

Immer wieder kippt sie Wasser in die ohnehin schon dünne Suppe

Das Dorf Bramsche nimmt lange Zeit eine gewisse Sonderstellung ein. Während viele Nachbarorte protestantisch geprägt sind, bestimmt hier der Katholizismus den Alltag der meisten Menschen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts bekommt die Dorfkirche einen katholischen Pfarrer, und auch die Aufsicht über die örtliche Schule wird katholischen Lehrern übertragen. Die Abhängigkeit der Bevölkerung von den Erträgen der Landwirtschaft und damit letztlich von den Naturgewalten fördert die Hinwendung zu einer höheren Macht möglicherweise zusätzlich. Auch Lina wächst mit den strengen Vorgaben des katholischen Glaubens auf. Dazu gehört als fester Bestandteil der tägliche Gang zur Kirche, morgens wie abends. Eine Routine, von der sie sich zeit ihres Lebens nicht lösen können wird.

Selbst als ihre körperliche Verfassung und ihre Lebensumstände es nicht mehr zulassen, wird Lina instinktiv auf den Besuch der Messe bestehen, und damit die Damen, die sich im Alter um sie kümmern, vor ein echtes Problem stellen. Einzig durch eine Notlüge, wonach der Pfarrer gerade geistlichen Übungen, sogenannten Exerzitien, nachgehe, wird es dann gelingen, die aufgebrachte Frau wieder zu beruhigen.

Linas Heimatdorf wird nach dem Zweiten Weltkrieg von polnischen Truppen besetzt und schließlich Teil der britischen Besatzungszone. Die Kämpfe hinterlasssen unübersehbare Spuren: Ein Großteil der Gebäude ist beschädigt, darunter die Schule und die Pfarrkirche. Sämtliche Fenster des Gotteshauses sind zertrümmert, das Dach nahezu komplett zerstört. Zusätzlich nimmt Bramsche nach dem Krieg sehr viele Flüchtlinge auf, sodass bald ein Großteil der Dorfbevölkerung aus Heimatvertriebenen besteht. Lina selbst ist zu dieser Zeit bereits vierzig Jahre alt und lebt noch immer auf dem Hof ihrer Eltern. Inwieweit die äußeren Umstände sie zu einer grundlegenden Veränderung in ihrem Leben führen oder ob sie sich dabei von ihren Gefühlen leiten lässt, kann kein Außenstehender abschließend beurteilen. Jedenfalls heiratet Lina den damals etwa zehn Jahre älteren Heinrich.

Folgen der Demenz: Nachdem Lina alle Knöpfe abgeschnitten hat, näht sie diese nun wieder an.

Heinrich Saalmann ist eigentlich Prokurist, hat jedoch zusätzlich die Verantwortung für die Landwirtschaft der Familie übernehmen müssen, nachdem seine Brüder im Krieg gefallen waren. Für ihn bedeutet dies, dass er tagsüber bei einer großen Textilfirma beschäftigt ist und nach seinem Feierabend darüber hinaus auf dem Feld arbeiten muss. Eine Doppelbelastung, die erst dann ein Ende findet, als er die Liegenschaften verpachten kann. Der Ort Brandlecht, in dem er mit Lina wohnt, liegt gerade einmal gut 30 Kilometer von dem Heimatdorf seiner Frau entfernt. In Zeiten, wo weitgehend noch Pferd und Wagen das gängige Fortbewegungsmittel sind, ist diese Strecke noch immer ein beachtliches Hindernis. Somit bekommt Lina ihre Familie nur selten zu Gesicht. Trotzdem fühlt sie sich in dem Haus, das sie fortan gemeinsam mit Heinrich bewohnt, überaus wohl. Sie liebt ihren Mann und wird auch später immer nur mit dem höchsten Respekt von ihm sprechen. Während Heinrich wochentags seiner Büroarbeit nachgeht, kümmert sich Lina um den Haushalt und versorgt den Gemüsegarten. Diese Arbeit macht ihr Spaß und ist ihr durch die Landwirtschaft ihrer Familie bestens vertraut. Eigene Kinder hat das Paar nicht.

Lina braucht meist ein wenig Zeit, bis sie sich öffnet

Als Heinrich stirbt, ist Lina 61 Jahre alt. Das gemeinsame Haus bewohnt sie fortan alleine. Gelegentliche Unterstützung erhält sie von den Kindern ihrer verstorbenen Schwester, Gerhard und Michael. Die meiste Zeit aber ist Lina alleine. Dann widmet sie sich dem Gemüsegarten und kümmert sich um ihre Hühner. Zu den Nachbarn sucht sie kaum Kontakt, überhaupt kann man die kleine Alte wohl mit Fug und Recht als ein wenig schrullig und zurückgezogen bezeichnen. Geht beispielsweise jemand an ihrem Grundstück vorbei, während sie sich dort an den Büschen und Sträuchern zu schaffen macht, dann gehört Lina nicht zu den Menschen, die von sich aus grüßen. Das heißt jedoch nicht, dass sie nicht durchaus auch ihre liebevollen Seiten hat, es braucht meist nur ein wenig Zeit, bis sie sich öffnet. Diese Erfahrung macht auch Gesine Butke, die sich später um die mittlerweile 85-Jährige kümmert. Sie ist es auch, die erkennt, dass Lina an Demenz leidet.

Von ihrem Mann spricht sie immer nur mit dem höchsten Respekt

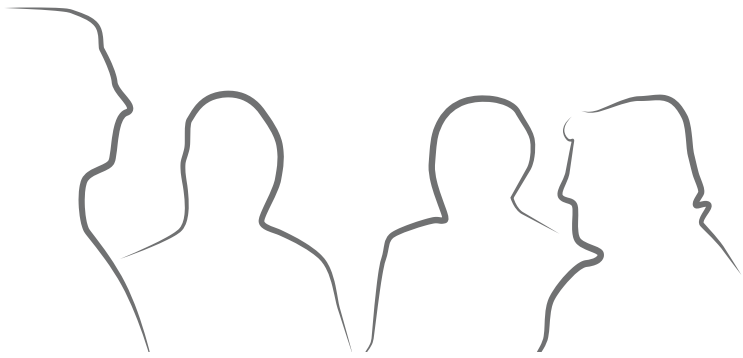
– Ende des ersten Teils –

Joachim Baars

Die Arbeit im Haushalt ist Lina von Kindheit an vertraut.

Nach einer unruhigen Nacht geht es Lina nicht gut und tagsüber verlassen sie ihre Kräfte.

In der nächsten Ausgabe der SoVD-Zeitung erfahren Sie, wie sie weitergeht, die „Geschichte von Lina“.



SoVD im Gespräch

Mit Sachverstand und Nachdruck bringt der Sozialverband Deutschland (SoVD) sich in die politische Diskussion ein – und sorgt somit auf übergeordneter Ebene dafür, dass die Stimmen sozial Benachteiligter gehört und berücksichtigt werden. Das gilt besonders für die Interessen der Rentner, der gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Lesen Sie auf den Seiten 4 und 5 Berichte über die politische Arbeit in relevanten Gremien, über Gespräche mit Vertretern anderer Verbände, Institutionen und Interessensvertretungen.

Entwurf zu Rentenwertbestimmungsverordnung

Zu Recht enttäuscht

In einer aktuellen Stellungnahme kritisiert der SoVD kritisch den Referentenentwurf zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte.

Nach dem Entwurf für eine Rentenwertbestimmungsverordnung 2012 werden die Renten zum 1. Juli 2012 um 2,18 Prozent in den alten und 2,26 Prozent in den neuen Bundesländern angehoben. Der aktuelle Rentenwert West steigt hierdurch auf 28,07 Euro und der aktuelle Rentenwert Ost auf 24,92 Euro. Den Berechnungen liegt eine Bruttolohnentwicklung von 2,95 Prozent in den alten und 2,28 Prozent in den neuen Bundesländern zugrunde. Für den Riester-Faktor ergibt sich eine Anpassungsminderung in Höhe von rund 0,64 Prozentpunkten. Demgegenüber wirkt sich der Nachhaltigkeitsfaktor in diesem Jahr mit 2,09 Prozentpunkten positiv aus. Zusammengerechnet ergäbe dies eine Rentenerhöhung von 4,40 Prozent in den alten und 3,73 Prozent in den neuen Bundesländern.

In der Stellungnahme des SoVD wird deutlich herausgestellt, dass die diesjährige Rentenerhöhung vor allem als Folge des Ausgleichsfaktors (dem sogenannten Nachholfaktor) deutlich niedriger ausfällt. Mit ihm werden Anpassungskürzungen nachgeholt, die wegen der Nullrunden 2005, 2006 und 2010 nicht realisiert werden konnten. In den alten Bundesländern führt die Anwendung des Ausgleichsfaktors dazu, dass die diesjährige Rentenanpassung um die Hälfte niedriger ausfällt.

Der Verordnungsentwurf basiert zwar auf geltendem Recht. Dennoch kann nach Auffassung des Verbandes das Ergebnis der Berechnungen nicht zufriedenstellen. Der Riester- und der sogenannte Nachholfaktor wirken sich so stark auf die Rentenerhöhung aus, dass eine angemessene Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner an der aktuellen Lohn- und Wohlstandsentwicklung nicht mehr gewährleistet ist. Und die derzeit diskutierte Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung würde die Kaufkraftverluste bei den Renten, die sich seit 2004 auf mehr als 10 Prozent summiert haben, weiter erhöhen. Vor diesem Hintergrund ist die Enttäuschung der Rentnerinnen und Rentner über die Rentenanpassung 2012 aus Sicht des SoVD zu Recht sehr groß. Dies gilt vor allem für die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern, die nach Presseberichten zu Jahresbeginn noch mit einer Rentenerhöhung von 3,6 Prozent rechnen durften. Der SoVD fordert daher mit Nachdruck eine Rückkehr zu lohnorientierten Rentenanpassungen, die den Lebensleistungen der Rentnerinnen und Rentner gerecht werden und eine angemessene Teilhabe an der aktuellen Lohn- und Wohlstandsentwicklung gewährleisten.

Foto: Herbert Schlemmer

Mitte April tagte der Organisationsausschuss in zum Teil neuer Besetzung sowie mit Gästen.

Polnische Delegation informiert sich über die sozialpolitische Arbeit des SoVD

Austausch zur Teilhabe

Am 29. März besuchte eine polnische Delegation die Bundesgeschäftsstelle des SoVD. In dem eineinhalbstündigen Gespräch informierte sie sich über das soziale und sozialpolitische Engagement des SoVD.

Der Besuch der Delegation in Berlin fand im Rahmen eines transnationalen regionalen Projekts des Europäischen Sozialfonds statt. Vonseiten des SoVD wurde das Gespräch von der Abteilung Sozialpolitik von den Referenten Fabian Müller-Zetzsche und Claudia Tietz geführt.

Die Teilhabe behinderter Menschen, insbesondere ihre Teilhabe am Arbeitsleben, bildete einen Schwerpunkt des gemeinsamen Austausches. Denn die 20 Delegationsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind als Berufsberater und Arbeitsvermittler im Kreis Lodz tätig und insoweit speziell mit der beruflichen Eingliederung behinderter Menschen befasst.

Zunächst stellte Fabian Müller-Zetzsche die Strukturen des SoVD, sein Engagement in der Beratung, sein soziales Engagement vor Ort sowie seine sozialpolitische Arbeit und historische Entwicklung vor.

Foto: Herbert Schlemmer

Die polnische Delegation in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle.

Claudia Tietz skizzierte die nachteilige Betroffenheit behinderter Menschen von Arbeitslosigkeit. Ihre zunehmende Abkopplung vom Aufschwung wurde ausführlich erläutert. Tietz betonte das Erfordernis gesetzlicher Rahmenbedingungen, insbesondere von Beschäftigungspflicht und Ausgleichsabgabe. Im Gespräch wurde deutlich, dass Polen über vergleichbare Instrumente verfügt, ihre Umsetzung jedoch ähnlich defizitär ausgestaltet ist wie in Deutschland. Ein besonders intensiver Austausch fand auch zur Frage inklusiver Bildung behinderter Kinder und deren geringer Integrationsquote statt.

Kritik an Referentenentwurf zum Lebensleistungsanerkennungsgesetz

Handlungsbedarf bleibt

Der SoVD hat kritisch zum Referentenentwurf „Entwurf eines Gesetzes zur Anerkennung der Lebensleistung in der Rentenversicherung (RV-Lebensleistungsanerkennungsgesetz)“ Stellung genommen. Mit dem Gesetz sollen zentrale Bestandteile des von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales am 22. März vorgestellten Rentenpaketes umgesetzt werden.

In dem Entwurf steht die Zuschussrente im Vordergrund, mit der Geringverdienende durch zusätzliche Rentenleistungen besser gestellt werden sollen, sofern sie jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen bzw. Angehörige gepflegt haben und Beiträge zur zusätzlichen Altersvorsorge entrichtet haben. Nach Überzeugung des SoVD ist die Zuschussrente zwar eine Leistungsverbesserung, von der allerdings nur ein sehr geringer Teil der Versicherten profitieren kann. Problematisch ist aus Sicht des Verbandes vor allem, dass die Pflichtbeitragszeiten von Arbeitslosen und die Zurechnungszeiten von erwerbsgeminderten Versicherten nicht als Beitragszeiten für die Zuschussrente zählen sollen. Darüber hinaus lehnt der SoVD sowohl die Abhängigkeit der Zuschussrente von Beitragszahlungen zu einer privaten oder betrieblichen Zusatzvorsorge als auch die geplante Einkommensanrechnung unter Einbeziehung des Partnereinkommens ab. Nicht akzeptabel ist nach Auffassung des SoVD zudem, dass die Aufwendungen für die Zuschussrente teilweise aus Beitragsmitteln der gesetzlichen Rentenversicherung finanziert werden sollen.

Der SoVD schlägt stattdessen einen gestaffelten Rentenfreibetrag in der Grundsicherung vor, der gleichzeitig eine Gerechtigkeitslücke schließt. Diese entsteht dadurch, dass Niedrigrentenbeziehende wegen der Anrechnungsregelungen bei der Grundsicherung gleich hohe Alterseinkommen wie diejenigen beziehen, die keine durch Beitragsvorleistungen erworbenen Alterseinkünfte haben.

In weiteren Vorschlägen des Referentenentwurfs, etwa der sogenannten Kombirente und der Fortschreibung des Reha-Budgets, sieht der SoVD zwar Leistungsverbesserungen; die Maßnahmen lassen jedoch den dringenden Handlungsbedarf zur Verhinderung von Altersarmut weitgehend ungelöst.

95 Jahre Sozialverband Deutschland (SoVD)

Ein Erfolgsmodell mit Zukunft

Als ein kleiner Kreis von engagierten Persönlichkeiten und Selbstbetroffenen am 23. Mai 1917 in Berlin den „Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Sitz Berlin“ gründete, konnte niemand ahnen, dass die soeben ins Leben gerufene Organisation am Ende des ersten Nachkriegsjahres 1919 bereits 500 000 Mitglieder zählen sollte. Heute – 95 Jahre später – kann der Sozialverband Deutschland (SoVD), der beim ersten Reichsbundestag in Weimar Anfang 1918 noch den Namen „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“ erhielt, auf eine bewegte und erfolgreiche Verbandsgeschichte zurückblicken.

Foto: Herbert Schlemmer

Blick auf die heutige SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin.

Schon das grundlegende Sozialpolitische Programm des Reichsbundes, das im April 1918 in Weimar verabschiedet worden war, führte zu vielfachen Initiativen, so dass die Organisation mit der Verabschiedung des Reichsversorgungsgesetzes am 12. Mai 1920 und des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter am 6. April 1920 erste große Erfolge verbuchen konnte. In der nachfolgenden Zeit der Inflation, der großen Arbeitslosigkeit und der Periode des Erlasses von Notverordnungen wurde der Reichsbund für viele Menschen Rückhalt und Helfer in der Not.

Die Auflösung des Reichsbundes durch Beschluss der letzten Reichskonferenz am 29. April 1933 war eine äußerst mutige Konsequenz der Organisation, die trotz Verfolgung durch die Nationalsozialisten beharrlich auf ihren Prinzipien der absoluten Parteineutralität und Freiheitlichkeit bestand.

Der Reichsbund war für viele Menschen Rückhalt und Helfer in der Not

Die Wiedergründung des Reichsbundes am 29. November 1946 im Hamburger Rathaus erfolgte mit der Zielsetzung, den Menschen des zerstörten Deutschland in ihrem unsagbaren Leid zur Seite zu stehen und insoweit auch zur Schaffung der notwendigen sozialpolitischen sowie gesetzlichen Voraussetzungen beizutragen. Auf Transparenten für die Abgeordneten bei der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages und mit der Vorlage eines eigenen Gesetzentwurfes forderte der Reichsbund schnelles gesetzgeberisches Handeln, dem mit dem Inkrafttreten des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) schon am 1. Oktober 1950 entsprochen wurde. Sechs Novellen und drei Neuordnungsgesetze kennzeichneten bis zum Jahre 1969 einen Weg ständigen Ringens um notwendige Leistungsverbesserungen in der Kriegsopferversorgung (KOV). 1970 konnte die Dynamisierung der KOV-Leistungen erreicht und 1990 das KOV-Strukturgesetz durchgesetzt werden.

In der allgemeinen Behindertenpolitik gelang dem Reichsbund als leidenschaftlicher Verfechter der „finalen“ Betrachtungsweise in der Rehabilitation mit der Verabschiedung des Schwerbehindertengesetzes 1974 ein großer Erfolg. Fast genau 20 Jahre später war es dem massiven Druck aller Behindertenverbände und vor allem auch des Reichsbundes zu verdanken, dass die Bundesregierung am 24. Mai 1994 der Aufnahme des Benachteiligungsverbots in Artikel 3 des Grundgesetzes doch noch zustimmte. Hiernach war es ein langer Weg politischer Debatten, bis der SoVD – die Namensänderung in „Sozialverband Deutschland (SoVD)“ erfolgte 1999 – gemeinsam mit befreundeten Verbänden am 1. Juli 2001 das Inkrafttreten des Sozialgesetzes „Rehabilitation“ (SGB IX) und dann am 1. Mai 2002 das Inkrafttreten des Behindertengleichstellungsgesetzes feiern konnte. Zuvor war am 3. Dezember 1999 die Gründung des Deutschen Behindertenrats (DBR) gelungen, dessen Geschäftsführung der SoVD periodisch bis heute immer wieder mit großem Erfolg übernahm.

Foto: Landesarchiv Berlin/Hugo Welle

1945: die zerstörte Bundesgeschäftsstelle an der Jannowitzbrücke.

Harte politische Auseinandersetzungen, aber auch wichtige Erfolge kennzeichneten den sozialpolitischen Einsatz des SoVD in den Bereichen der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung. Mit vielfachen umfassenden eigenen Konzeptionen hat er immer wieder in die politische Diskussion eingegriffen und versucht, Fehlentwicklungen zu lasten der von ihm vertretenen Personenkreise zu verhindern. Die fachliche Kompetenz der Organisation führte dazu, dass der SoVD ab 1970 in der Regierungskommission zur Erarbeitung des Sozialgesetzbuches (SGB) mitwirkte.

Warnung vor wachsender Armut und Spaltung der Gesellschaft

In der Rentenversicherung wurden mit der rentenrechtlichen Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten durch die Hinterbliebenenrentenreform 1986 und deren nochmaligem Ausbau durch das Rentenreformgesetz 1992 langjährige Forderungen des SoVD erfüllt. Besonders erwähnt werden muss aber der erfolgreiche Kampf der Organisation für die Einbeziehung der vor 1921 geborenen Mütter in die Leistungsverbesserungen, die mit dem Kindererziehungsleistungs-Gesetz (KLG) noch 1987 erreicht werden konnte. Auch wenn der SoVD den Rentenabbau der nächsten Jahre trotz erbitterten Widerstands – erinnert wird insoweit auch an die machtvollen Kundgebungen 1999 und 2004 vor dem Brandenburger Tor in Berlin – nicht abwenden konnte, so gelang es doch insgesamt, das lohn- und beitragsbezogene Rentensystem zu erhalten.

Den ständig erhöhten, strukturell aber unwirksamen Eigenbeteiligungen und Zuzahlungen für Patienten setzte der SoVD frühzeitig sein Modell einer Bürgerversicherung entgegen. Seit 2004 arbeitet der SoVD aktiv als Patientenvertreter im Gemeinsamen Bundesausschuss der gesetzlichen Krankenversicherung mit.

Verstärkt seit Beginn der 90er Jahre sah der SoVD in der Verbesserung der Lebenssituation pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen eine erstrangige sozial- und gesellschaftspolitische Aufgabe. Vor dem Hintergrund zunehmend in der Öffentlichkeit bekannt gewordener Missstände in der Pflege gründete er 1997 gemeinsam mit anderen Organisationen die „Aktion gegen Gewalt in der Pflege“, deren eindrucksvolle Großveranstaltungen in Bonn und München entscheidende Impulse setzten für die bereits im Jahr 2001 erfolgte Verabschiedung der Novelle des Heimgesetzes, des Pflege-Qualitätssicherungsgesetzes und des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes.

Als die von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzte Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter Leitung von Peter Hartz im August 2002 ihren Bericht vorlegte, wusste der SoVD, dass die Sozialstaatsdebatte in Deutschland eine neue gefährliche Dimension erreicht hatte. In vielfachen öffentlichen Erklärungen und Stellungnahmen warnte er in der Folgezeit angesichts wachsender Armut vor einer Spaltung der Gesellschaft.

Mit vollem Engagement für die Verwirklichung sozialstaatlicher Ziele

Der SoVD kann heute anlässlich seines 95-jährigen Bestehens auf ein vielfältiges und erfolgreiches Wirken zurückblicken. Sein umfassendes sozialpolitisches Engagement hat maßgeblich zum Aufbau und zur Ausgestaltung des Sozialstaats Deutschland beigetragen. Er hat sich in der Interessenvertretung seiner Mitglieder bewährt und ihre Rechte oftmals auf höchstrichterlicher Ebene mit viel Erfolg durchgesetzt.

Der SoVD hat sich auf Bundes- und Landesebene die Anerkennung bei Parlamenten, Ministerien und Verwaltungen erworben. Stets war seine Kritik konstruktiv und von dem Willen geprägt, durch die Vorlage eigener Vorschläge und Konzepte sozial gerechte Lösungen zu erreichen. Mit den Gewerkschaften und vielen befreundeten Organisationen verbindet ihn seit Jahrzehnten eine gute und faire Zusammenarbeit, die die Gründung von sozialen Netzwerken und Aktionsbündnissen ermöglichte.

Aktuell steht der SoVD vor großen sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Die sich in Deutschland immer stärker öffnende Schere zwischen Arm und Reich darf ebenso wenig hingenommen werden wie die rasante Ausbreitung der Niedriglohnsektoren und der prekären Erwerbstätigkeit. Durchgreifende Schritte sind erforderlich zur Bekämpfung einer rasch wachsenden Altersarmut. Darüber hinaus muss in der Rentenversicherung ein dauerhaftes und verlässliches Sicherungsziel verankert werden. In der Krankenversicherung muss der Patient wieder im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen. Ebenso sind nach wie vor erhebliche Anstrengungen notwendig, um für pflegebedürftige Menschen eine qualitativ hochwertige und würdevolle Pflege zu sichern. In der Behindertenpolitik muss der inklusive Gedanke der UN-Behindertenrechtskonvention mehr als bisher mit Leben erfüllt werden.

Auf diese und weitere Probleme hat der SoVD mit seinem von der Bundesverbandstagung im Herbst 2011 verabschiedeten Sozialpolitischen Programm richtungsweisende Antworten gegeben. Der Verband wird auch in Zukunft gefordert sein und im Dienste der von ihm vertretenen Personenkreise weiterhin mit vollem Engagement für die Verwirklichung seiner sozialstaatlichen Ziele eintreten. In diesem Sinne kann der SoVD mit großer Zuversicht seinem hundertjährigen Bestehen im Jahr 2017 entgegensehen.

Hans-Jürgen Leutloff

Bundesjugendkonferenz 2012

SoVD-Jugend in Berlin

Vom 17. bis zum 20. Mai findet in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle die Bundesjugendkonferenz des SoVD statt. Die Delegierten aus dem gesamten Bundesgebiet setzen sich dieses Jahr mit dem Artikel 10 der UN-Behindertenrechtskonvention, dem „Recht auf Leben", auseinander. Unter dem Motto „Leben! Geben? Nehmen?" nähert sich die Tagung dem sensiblen Thema.

In Zeiten, in denen es für Schwangerschaften embryonale und pränatale Diagnosemöglichkeiten hinsichtlich wahrscheinlicher Behinderungen nach einer Geburt gibt, sehen die Delegierten einer sehr emotionalen Diskussion entgegen. Das gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz teilweise eigene Erfahrungen mit Handicaps haben.

Hochrangiger Besuch wird erwartet

Nach der offiziellen Eröffnung und der Begrüßung durch den Bundesjugendreferenten Nico Hamkens erwartet die Delegierten und Gäste der Bundesjugendkonferenz am 18. Mai hochrangiger Besuch aus dem Verband und der Politik. Die SoVD-Vizepräsidentin und Vorsitzende des Landesverbandes NRW, Gerda Bertram, wird ein Grußwort an die Anwesenden richten. Ebenso als Gast anwesend sein will der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe. Danach sind noch eine Fahrt in den Filmpark Babelsberg in Potsdam und ein Grillfest geplant – zur Stärkung für den arbeitsintensiven Samstag. Den Konferenztag am 19. Mai eröffnet ein einleitender Vortrag zur Gesamtthematik „Recht auf Leben", danach ist eine umfassende Diskussion geplant. Außerdem stehen viele Beschlussfassungen an – zu den sozialpolitischen Anträgen, die die Landesjugendkonferenzen eingereicht haben.

Forderungen an die Politik deutlich vermitteln

Inhaltliche Schwerpunkte der Anträge sind die Barrierefreiheit, die UN-Behindertenrechtskonvention sowie Bildung und Arbeit. So möchte sich die SoVD-Jugend inhaltlich eindeutig positionieren, ihre Forderungen anschließend an die Politik vermitteln und auf Missstände aufmerksam machen.

Die inhaltliche Arbeit soll dann standesgemäß mit einer Abschlussparty mit DJ ausklingen, ehe die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer sich am 20. Mai schließlich wieder in Richtung Heimat aufmachen.

Foto: Herbert Schlemmer

Gemeinsame Pressekonferenz zur notwendigen Angleichung des Rentenwertes in Berlin (v. li.): Dr. Judith Kerschbaumer, Prof. Dr. Gunnar Winkler, Alexander Dieck und Klaus Michaelis.

Bündnis fordert beschleunigte politische Lösung

Rentenangleichung ist überfällig

Eine beschleunigte politische Lösung für die überfällige Angleichung des Rentenwertes Ost forderte das „Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern" Ende April auf einer Pressekonferenz in Berlin. Zu dem Bündnis gehören acht Sozialverbände und Gewerkschaften.

Das Abwarten einer „normalen" Angleichung sei rund 20 Jahre nach der Deutschen Einheit nicht mehr hinnehmbar, erklärte Dr. Judith Kerschbaumer von der Gewerkschaft ver.di. Sie erinnerte an das Versprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Seniorentages 2009, wonach eine Angleichung von Ost und West gebraucht werde. Merkel habe damals eine Lösung in den ersten beiden Jahren dieser Legislaturperiode, also bis Ende 2011, zugesagt. „Trotz aller Versprechungen und der großen Unterschriftenaktion, die sehr positiv aufgenommen wurde, tat sich im zugesagten Zeitraum nichts", stellte Kerschbaumer fest.

Der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, bezifferte die bestehenden Unterschiede: „Der um 11,2 Prozent niedrigere Rentenwert zum 1. Juli 2012 Ost (24,92 Euro gegenüber 28,07 Euro im Westen) ergibt für den Eckrentner Ost eine monatliche Bruttorente von 1121 Euro, für den Eckrentner in den alten Bundesländern eine monatliche Bruttorente von 1263 Euro. Der Fehlbetrag von monatlich 142 Euro führt zu Einbußen an Lebensqualität. Ebenfalls schlechter bewertet werden in den Ost-Renten Kindererziehung, Pflege von Angehörigen und Wehrdienst."

Das Bündnis legte erneut seinen gemeinsamen Vorschlag für eine stufenweise Angleichung der Rentenwerte vor. Klaus Michaelis, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD-Bundesverbandes, verdeutlichte, dass dies durchaus bezahlbar sei: „Die Kosten für diesen Vorschlag belaufen sich in einem Zehn-Jahres-Stufenplan auf maximal 600 Millionen Euro im ersten Jahr. Kommt es im zweiten Jahr nicht zu einer ‚natürlichen Lohnangleichung', dann wären maximal 1,2 Milliarden Euro aufzuwenden." Entscheidend sei Michaelis zufolge hierfür jedoch der Aufholprozess bei den Löhnen. Je schneller sich dieser vollziehe, desto niedriger seien letztlich auch die Kosten.

SoVD-Tipps zum 10. Deutschen Seniorentag in Hamburg, 03. - 05. Mai 2012

Donnerstag • 03.05.2012

10:30 - 12:30
Festveranst. zur Eröffnung des 10. Deutschen Seniorentages

12:30 - 13:30
Infostand SoVD auf der SenNova:
Sprechstunde Bundesfrauensprecherin *Edda Schliepack* und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD *Klaus Michaelis*

13:30 - 14:30
Infostand SoVD auf der SenNova:
Sprechstunde Präsident *Adolf Bauer*

14:30 - 16:00
SoVD-Veranst.
„Die alleinstehende Frau im Alter - soziale Teilhabe sichern"
1. OG, Saal B1

16:30 - 18:00
SoVD-Veranst.
„Welche Chancen u. Möglichkeiten bieten Rehabilitationsleistungen bei der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit?"

14:30 - 18:00
Einzelveranst.en u.a. Vorträge, Mitmach-Angebote, Kultur

ab 19:00
Ökumenischer Gottesdienst in der Hauptkirche St. Michaelis

Freitag • 04.05.2012

9:00 - 17:30
Ganztägige Veranst.-Reihen u.a. zu den Themen Gesundheit, Wohnen, lebenslanges Lernen, Alterssicherung

9:30 - 11:00
SoVD-Veranst.
„JA zum Alter in sozialer Sicherheit! – Teil 1"
„Wie schützen wir unsere Rente gegen Kaufkraftverluste?" 1. OG, Saal B

11:30 - 13:00
Veranst. der Volkssolidarität
„JA zum Alter in sozialer Sicherheit! – Teil 2"
„Armut im Alter und bei Erwerbsminderung - was ist dagegen zu tun?"
1. OG, Saal B

12:30 - 13:30
Infostand SoVD auf der SenNova:
Sprechstunde Vizepräsident *Gerhard Renner* und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses d. SoVD *Klaus Michaelis*

14:00 - 15:30
Veranst. der GEW
„JA zum Alter in sozialer Sicherheit! – Teil 3"
„Rente mit 67. Kann das gehen?"
1. OG, Saal B

13:30 - 14:30
Infostand SoVD auf der SenNova:
Sprechstunde Vorsitzende des SoVD-AK Sozialversicherung *Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer*

16:00 - 17:00
Ansprache der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

ab 19:00
„Alter neu erfinden"
Kulturabend im BegegnungsCentrum „Haus im Park" der Körber-Stiftung

Samstag • 05.05.2012

9:00 - 13:00
Einzelveranst. u.a. Vorträge, Mitmach-Angebote, Kultur

14:30 - 16:00
Talk in Hamburg: „JA zum Alter!" mit Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Gesellschaft

10:00 - 15:00
Infostand SoVD auf der SenNova:

10:00 - 11:00
14:00 - 15:00
Sprechstunde des 1. Landesvorsitzenden des SoVD-LV Hamburg *Klaus Wicher*

12:05 - 12:50
Talkrunde zum Thema „Patientensicherheit" u.a. mit dem 1. Landesvorsitzenden d. LV Hamburg, *Klaus Wicher*

ab 16:00
Kultureller Ausklang

Der gesellschaftliche Wandel verändert die Bestattungswünsche

Natürlich und preiswert – Bestattungstrends

Immer mehr Menschen entscheiden sich gegen die traditionelle und teure Erdbestattung und suchen nach Alternativen. Die Baumbestattung ist neu und wird immer beliebter. Auch die Friedhöfe bieten immer mehr günstige und pflegeleichte Möglichkeiten der Beisetzung an.

Die Gesellschaft wandelt sich. Das wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus, auch auf den Tod. Familienangehörige leben weitverstreut und können sich nicht um die Grabpflege kümmern. Berufstätigen fehlt oft die Zeit dazu, und immer mehr Menschen fehlt schlicht das Geld. Laut der Verbraucherinitiative Aeternitas kostet eine klassische Erdbestattung circa 6 000 Euro. Die anschließende jahrelange Grabpflege und abschließende Entsorgung der Grabstätte ist dabei nicht mal eingerechnet. Das ist einer der Gründe, warum die Feuerbestattung auf dem Vormarsch ist. Ein anderer Grund sind die neuen, alternativen Bestattungsformen, für die eine Einäscherung Vorbedingung ist.

Bestattungsvielfalt außerhalb Deutschlands

In Deutschland herrscht ein besonders strenges Recht, das die Bestattungs- und Friedhofspflicht festschreibt. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist es verboten, die Asche der Toten außerhalb eines Friedhofes zu verstreuen oder aufzubewahren. Im Ausland kann man sie dagegen sogar in den Weltraum schießen oder zum Diamanten pressen lassen. Das sind allerdings kostspielige Alternativen, die sich nur wenige leisten können und wollen.

Wer nicht auf komplizierte Manöver im Ausland ausweichen will, dem blieb hierzulande bis vor Kurzem als Alternative nur die Seebestattung. Diese muss begründet und beantragt werden. Jedes Bundesland regelt das anders, weil die Länder die Bestattungsgesetze selbst festschreiben.

Foto: Aleksander Bolbot/fotolia

Die Baumbestattung erfreut sich steigender Nachfrage.

Baumbestattungen: Der Wald als Friedhof

Seit 2001 gibt es in Deutschland die Möglichkeit einer Naturbestattung, die sich steigender Beliebtheit erfreut. In sogenannten „Friedwäldern“ oder „Ruheforsten“, die gesetzlich als Friedhöfe anerkannt sind (Ausnahme bisher: Thüringen), wird die Totenasche an den Wurzeln eines Baumes in einer biologisch abbaubaren Urne bestattet. Die Beisetzung darf frei gestaltet werden, Grabschmuck ist nicht erlaubt. Eine Namensplakette kann auf Wunsch angebracht werden. Auch bei der Baumbestattung ohne Namensplakette können die Hinterbliebenen ihren Baum ausfindig machen, weil alle Bäume nummeriert werden. Es gibt Gemeinschafts-, Freundschafts- und Familienbäume mit zehn bis zwölf Urnenplätzen, sowie Partner- und Einzelbäume, die man sich schon zu Lebzeiten aussuchen kann. Die Pachtdauer beträgt 99 Jahre. Die Kosten hängen ab von Baumart, Alter und Lage des Baumes und fangen bei circa 600 Euro an. Dazu kommen die Kosten für die Einäscherung, die Voraussetzung für eine Baumbestattung ist.

Foto: Martina Berg/fotolia

Ob als Hinterbliebener oder als Vorsorgender – die Frage, wie man bestattet werden möchte, stellt sich jedem irgendwann.

Zurück zur Natur

Ein Argument für die Baumbestattung sind die geringeren Kosten, denn die jahrelange Grabpflege entfällt. Vielen Menschen gefällt auch der Gedanke, Teil der Natur zu sein. Angehörige finden es angenehmer, auf einem Waldspaziergang an den Toten zu denken und einen Baum statt einen Grabstein anzuschauen. Nach anfänglicher Ablehnung bieten auch immer mehr Kommunen auf ihren Friedhöfen eine Baumbestattung an. Die Pachtdauer beträgt bis zu 30 Jahre, die Kosten richten sich nach den jeweiligen Friedhofsgebühren.

Anonyme Bestattungen

Besonders in den Großstädten nimmt die Zahl der anonymen Bestattungen zu, entweder weil es keine Angehörigen gibt oder man ihnen die hohen Bestattungskosten nicht zumuten will. Bei der anonymen Feuerbestattung wird die Asche über einer Wiese auf dem Friedhof verstreut oder unter einem Gemeinschaftsfeld beerdigt. Allerdings bleibt den Angehörigen kein Ort zum Trauern und Gedenken, was sich viele Hinterbliebene wünschen würden.

Preiswerte Alternativen auf Friedhöfen

Eine preisgünstige Variante zum traditionellen Urnengrab ist das Kolumbarium. Während bei der „normalen“ Feuerbestattung die Ascheurne unterirdisch in einem individuellen Grab versenkt wird, steht sie im Kolumbarium einzeln oder mit mehreren anderen in der Nische einer Wand oder Halle. Sie kann mit einer Namensplakette gekennzeichnet werden, die Grabpflege entfällt. Zu zahlen sind nur die Bestattungs- und Pachtgebühren. Wer sich mit der Feuerbestattung nicht anfreunden kann, für den bieten immer mehr Friedhöfe kostengünstige Varianten wie das Rasen- oder das Reihengrab an, bei der die Friedhofsgärtner die Pflege übernehmen.

Zu Lebzeiten für den Todesfall vorsorgen

Auch wenn das Thema unangenehm ist, sollte man sich schon zu Lebzeiten darum kümmern, wie man bestattet werden möchte, um den Angehörigen in der Trauerzeit diese Arbeit zu erleichtern. Denn eines ist sicher – der Tod betrifft jeden eines Tages persönlich.

Brigitte Grahl

Foto: Eric Isselée/fotolia

Die Feuerbestattung liegt im Trend. Die Urnen werden zum Beispiel kostengünstig in Kolumbarien aufbewahrt.

Der Tod und die Gesetze

Foto: ufot/fotolia

Bevor der Verstorbene bestattet werden kann, müssen viele Formalitäten erledigt werden.

Wer sichergehen möchte, dass er nach seinen Wünschen beerdigt wird, sollte das vorher schriftlich festhalten. Bei einer Baum- oder Seebestattung muss das Krematorium die Asche nämlich in eine spezielle Urne füllen, und eine Einäscherung erfordert eine zweite Leichenschau.

Die Bestattungsverfügung gehört nicht ins Testament, da es dann zu spät für die Beisetzung sein kann. Innerhalb von 36 Stunden muss im Todesfall ein Bestatter beauftragt werden. Eine Beerdigung muss nach der Feststellung des Todes in der Regel innerhalb von 96 Stunden erfolgen.

Die Bestattungskosten trägt der Erbe.Wer nicht erbt oder das Erbe ausschlägt, kann trotzdem bestattungspflichtig sein. Nach der gesetzlichen Erbfolge steht zuerst der (Ehe)partner in der Pflicht, dann die Kinder, Eltern, Geschwister, Großeltern, Enkel bis zur Verwandtschaft dritten Grades.

In der Steuererklärung gibt es dafür einen Freibetrag von 10 300 Euro pauschal. Hat ein anderer die Kosten übernommen – wer den Bestatter beauftragt, zahlt erstmal – kann er sich die Kosten vom Bestattungspflichtigen zurückholen.

Die oben genannten Vorschriften sind in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt.

Ärztlicher Bereitschaftsdienst mit zentraler Nummer

Notdienst unter 116 117

Wer nachts oder am Wochenende außerhalb der regulären Sprechzeiten dringend einen Arzt braucht, der kann seit Mitte April überall in Deutschland die kostenlose Telefonnummer 116 117 des ärztlichen Bereitschaftsdienstes anrufen.

Ob hohes Fieber, starke Ohrenschmerzen oder heftige Darmgrippe – Hilfesuchende werden soweit möglich automatisch mit dem nächstliegenden Bereitschaftsdienst verbunden. Auch Hausbesuche sind gegebenenfalls möglich. Der Service ist gedacht für Kassen- und Privatpatienten, die zwar dringend ärztliche Hilfe benötigen, sich aber nicht in einer lebensbedrohlichen Situation befinden. Bislang hatten die ärztlichen Bereitschaftsdienste in Deutschland mehr als tausend regional unterschiedliche Nummern, die teilweise sogar täglich wechselten. Diese Nummern sollen aber parallel weiter erreichbar bleiben. In Baden-Württemberg, dem Saarland sowie Teilen von Rheinland-Pfalz und Hessen soll die einheitliche Nummer erst später an den Start gehen. Langfristig soll die Rufnummer sogar europaweit gelten. Mit der neuen Nummer soll auch der Notruf 112 entlastet werden. Die Notdienstzentralen, die eigentlich nur für lebensbedrohliche Notfälle zuständig sind, sind zum Teil stark überlaufen.

Foto: BildPix.de / fotolia

Ein Arzt wird auch außerhalb der Sprechzeiten benötigt.

Die Kosten für den Service, die nach Angaben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zwischen drei und fünf Millionen Euro im Jahr liegen, tragen die Kassenärztlichen Vereinigungen. Der ärztliche Bereitschaftsdienst behandelt jährlich rund 3,9 Millionen Patienten.

Frauen im SoVD – das Thema

Immer noch: Kind oder Beruf?

Der demografische Wandel in Deutschland ist durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Eine niedrige Geburtenrate und den Rückgang der Bevölkerungszahlen. Dies hat vielfältige Effekte auf nahezu alle Lebensbereiche der Bevölkerung in Deutschland und wird die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten erheblich beeinflussen.

Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gehen davon aus, dass die Bevölkerungszahlen bis 2060 auf 65 bis 70 Millionen zurückgehen werden. Im Vergleich dazu haben im Jahr 2010 fast 82 Millionen Menschen in Deutschland gelebt. Ein Grund für diese Entwicklung liegt darin, dass Deutschland seit vielen Jahren zu einem der Länder mit einer sehr geringen Geburtenrate zählt. Die Geburtenrate geht seit Mitte der 60-er Jahre zurück und befindet sich nun schon seit Mitte der 70-er Jahre auf einem anhaltend niedrigen Niveau (rund 1,4 Kinder je Frau). Sie liegt damit deutlich unter der Geburtenrate von 2,1 Kindern, die für den Ersatz der Elterngeneration notwendig wäre.

Mona Fickert
Frauensprecherin im SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Unbestreitbar spielt die nach wie vor unzureichende Vereinbarkeit von Familie und Beruf dabei eine gewichtige Rolle. Noch immer sind es überwiegend die Frauen, die zuhause die familiären Aufgaben übernehmen und dies in Einklang mit einer Erwerbstätigkeit bringen müssen. Für viele stellt sich immer noch die Frage: „Kind oder Karriere?“. Eine wichtige Aufgabe spielt daher der umfassende Ausbau der Kinderbetreuung. Neben einer frühkindlichen Betreuung sind auch flexiblere Betreuungsangebote erforderlich. Einer Mutter, die Vollzeit arbeitet, ist mit einem Kitaplatz von 8 bis 12 Uhr nicht geholfen. Zudem sollte ein Wandel zu einer familienfreundlichen Arbeitswelt vollzogen werden. Einige Unternehmen haben bereits erkannt, dass Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiger Faktor im Wettbewerb um die besten Arbeitskräfte sind. Doch sind es immer noch zu wenig. Politik und Wirtschaft müssen sich dem Thema in Zukunft verstärkt widmen. Denn eines dürfen wir alle nicht vergessen: Unsere Kinder sind auch unsere Zukunft!

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr!

Beitrittserklärung

SoVD Sozialverband Deutschland

Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an:
Sozialverband Deutschland e.V.
Bundesverband | Stralauer Straße 63
10179 Berlin
Neumitglieder eines Landesverbandes e.V. erlangen mit ihrem Beitritt zum Landesverband e.V. zugleich ihre Mitgliedschaft im Bundesverband.

Name * Vorname *

Straße * PLZ | Ort *

Geburtsdatum * SoVD-Ortsverband *

Telefon * E-Mail *

* Ihre Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Bitte ausfüllen bei Partner- o. Familienbeitrag (Name u. Geburtsdatum)

❶ ❷

❸ ❹

Unterschrift des Partners / der Partnerin bei einer Partner-/Familienmitgliedschaft

Sie haben uns kennengelernt durch:

☐ SoVD Ortsverband: ☐ Sozialberatung ☐ Internet
☐ Partnerschaft/Familie ☐ Versicherungsangebot
☐ Werbeaktivität ☐ Kooperationsangebot
☐ Kampagne GTTG ☐ Kurempfehlung
☐ durch: ☐ Veranstaltung ☐ Empf. Arzt/Apotheker
Name ☐ Medien ☐ Reiseangebot
Straße ☐ Sonstiges:
PLZ Ort

Gruppenversicherung
Der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD) hat für seine Mitglieder sowie jene der rechtlich selbständigen Landesverbände einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Bei Gruppenversicherungsverträgen handelt es sich um Rahmenverträge zwischen Vereinen/Verbänden und Versicherungsunternehmen, die den Mitgliedern unter bestimmten Voraussetzungen den Abschluss von Einzelversicherungsverträgen zu günstigeren als den üblichen Konditionen ermöglichen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrags zu erhalten, erteile ich meine Einwilligung dafür, dass mein Name, mein Geburtsjahr, und meine Anschrift an den Versicherer, die ERGO Lebensversicherung AG, weitergegeben und durch diese gespeichert und zum Zwecke der Kontaktaufnahme verwendet werden. Der Erstkontakt durch unseren Versicherungspartner erfolgt ausschließlich schriftlich. Sich hieraus ergebende Folgekontakte können schriftlich oder persönlich vorgenommen werden. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen kann ich meine Einwilligung jederzeit beim SoVD (Anschrift siehe links) widerrufen.

☐ Ja, ich bin mit der Weitergabe der Daten zur Gruppenversicherung einverstanden

Ort, Datum Unterschrift

Publikation personenbezogener Daten zu besonderen Anlässen
Ich bin damit einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in der Mitgliederzeitung des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

☐ Ja, ich bin mit der Veröffentlichung einverstanden

Ort, Datum Unterschrift

Stellen Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch ☐ Ortsverband ☐ Postversand

Monatsbeitrag:[1] ☐ Einzelbeitrag 5,00 € (jährl. 60,00 €) ☐ Partnerbeitr. 7,15 € (jährl. 85,80 €) ☐ Familienbeitr. 9,00 € (jährl. 108,00 €)

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. erhebt für seine Mitglieder auf Satzungsgrundlage einen Sonderbeitrag:
Monatsbeitr. in NRW:[1] ☐ Einzelbeitrag 5,50 € ☐ Partnerbeitr. 7,85 € ☐ Familienbeitr. 9,90 €

Abruf: ☐ 1/4 jährlich ☐ 1/2 jährlich ☐ jährlich

Spende:[2] Zusätzlich zu meinem oben genannten Mitgliedsbeitrag leiste ich eine freiwillige Spende an den SoVD.
Betrag: ☐ einmalig ☐ jährl. wiederkehrend (Jederzeit widerrufbar)
€ ☐ Ich wünsche eine Spendenbescheinigung

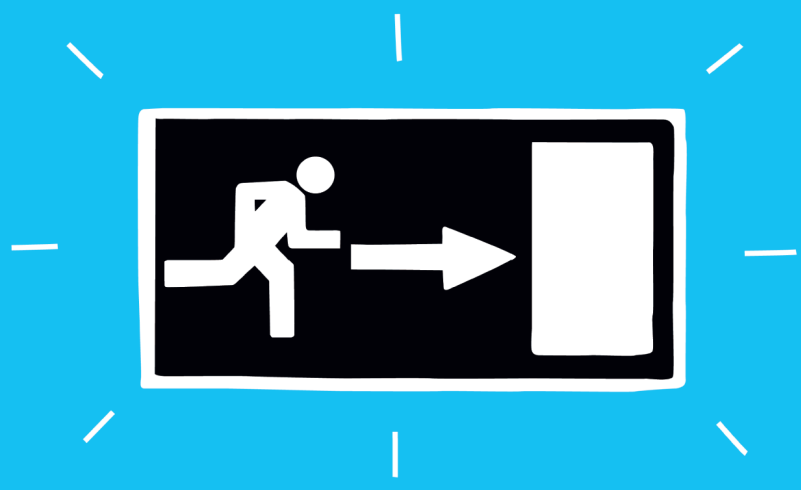
Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge und gegebenenfalls Spenden an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf jederzeitigen Widerruf abbucht. Für eine Deckung meines Kontos zum Abbuchungstermin werde ich Sorge tragen. Gebühren für Rücklastschriften kann sich der SoVD von mir zurückerstatten lassen.

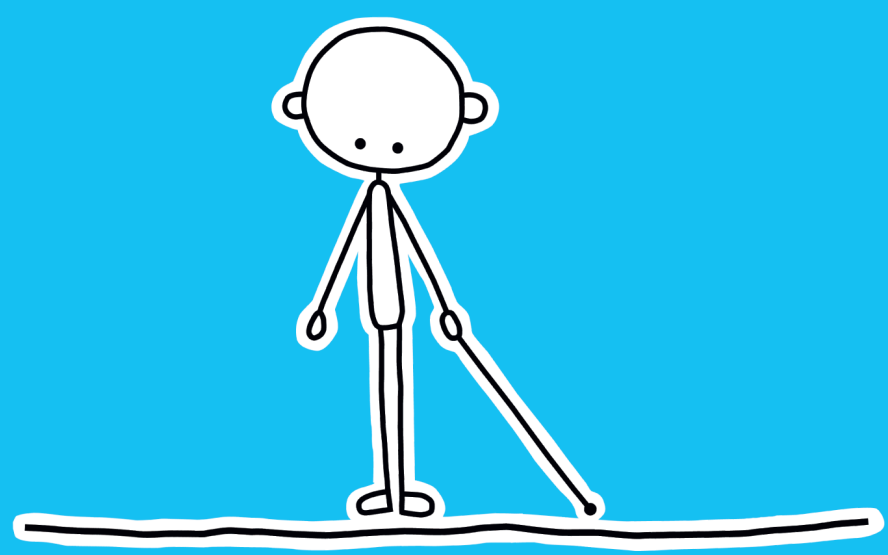
ab KontoinhaberIn
Konto BLZ
Geld-Institut Unterschrift

Ort, Datum Unterschrift Antragssteller/-in

1) Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar. Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluß eines Kalenderjahres möglich. 2) Die Spende ist steuerlich absetzbar.

Rette sich, wer sehen kann!





AKTIONSTAG 5. MAI:

JEDE BARRIERE IST EINE ZU VIEL.

Um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben zu ermöglichen, müssen Hinweise für alle wahrnehmbar sein. Die bundesweiten Aktionen zum 5. Mai, dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, schaffen Bewusstsein für eine Gesellschaft ohne Barrieren.
Mehr unter **www.aktion-mensch.de**

AKTION MENSCH
DAS WIR GEWINNT

Frage des Monats

Betreuungsgeld?

Zur Frage des Monats April, ob die Piraten die politische Landschaft verändern werden, waren die Entscheidung knapp. 43 Prozent glauben, dass die Piraten frischen Wind in die Politik bringen werden, 57 Prozent halten die Partei für ein vorübergehendes Phänomen (siehe auch Leserbriefe).

Wer seine Kinder bis zum dritten Lebensjahr privat erziehen möchte, soll dafür eine finanzielle Anerkennung bekommen. Das stößt zum Teil auf heftige Ablehnung. Man befürchtet, dass das Betreuugsgeld von den Eltern für andere Zwecke ausgeben wird und dass gerade geringverdienende Frauen zuhause bleiben, deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt danach noch schlechter werden.

Die Frage des Monats Mai lautet:
Ist das Betreuungsgeld gesellschaftlich sinnvoll?
Unter www.sovd.de können Sie sich an unserer Umfrage beteiligen. Per Post erreichen Sie uns unter SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Briefe an die Redaktion

Mit Laptop Politik machen?

In der Rubrik „Briefe an die Redaktion" veröffentlicht die Redaktion gerne Lob und Kritik der Leser von „Soziales im Blick". Auf einen Artikel bezogene Zuschriften können dabei auszugsweise sowie unter Angabe von Namen und Wohnort abgedruckt werden. Ein Anrecht auf Abdruck oder Veröffentlichung im Internet besteht nicht. Die Leserbriefe geben zudem nicht die Meinung der Redaktion wieder. Bitte richten Sie Ihre Zuschriften an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Foto: fotobeam/fotolia

Beim Thema Piratenpartei, Frage des Monats in der letzten Ausgabe, scheiden sich die Geister. Während die einen in der Partei neue Hoffnungsträger in der Landschaft der politischen Parteien sehen, werfen ihr die anderen völlige Konzeptlosigkeit vor.

Zum Titelthema der April-Ausgabe „Abgehängt vom Aufschwung" schreibt Herbert Eden, Bremerhaven: *Leider Tatsache. In der heute immer hektischeren Arbeitswelt wird es immer schwerer, selbst für qualifizierte Schwerbehinderte einen Arbeitsplatz zu bekommen. Das Gewinnstreben ist „in". Die Ausbeutung schreitet voran. Ich habe meine Erfahrungen gemacht. Drei ABM-Maßnahmen, aber eine Dauerstelle blieb mir versagt – trotz einer qualifizierten kaufmännischen Ausbildung mit sehr guten Fachabschlussprüfungen. Auch Parteibuch und gute Beziehungen spielen im Arbeitskampf fast immer eine Rolle. Ausbeutung à la 400-Euro-Jobs und 1-Euro-Jobs sind im Vormarsch und steigern den Profit der Arbeitgeber. Ich habe mich kaputtgeschuftet, lebe jetzt als Schwerbehinderter (100%!) in einem Pflegeheim (...).*

Zum Artikel über das Fibromyalgie-Syndrom auf Seite 15 in der April-Ausgabe ergänzt Rita Piork, Laatzen: *Als Sozialverbandsmitglied freue ich mich heute über den aktuellen Artikel über die Fibromyalgie in der aktuellen Verbandszeitung auf Seite 15. Ich selbst leide seit über 12 Jahren an starker Fibromyalgie. Als Informationsquelle haben Sie die Rheumaliga benannt. Ich erlaube mir als Betroffene und Mitglied Ihres Verbandes darauf hinzuweisen, dass es die „Deutsche Fibromyalgie-Vereinigung e.V., Postfach 1140, 74741 Seckach" gibt. Dieser Verein tut unheimlich viel für uns. Zum Beispiel sind sie stark beteiligt an der Patientenleitlinie. Dort kann man auch Mitglied werden und wird mit der Zeitung „Optimisten" umfangreich informiert (...).*

Zur Frage des Monats April „Entern die Piraten die Politik?" kommentiert Josef Zehethofer, Heide: *Jede Demokratie hat Lobbyisten. In der Vergangenheit waren es die großen Konzerne, die versuchten, durch Abgeordnetenbeeinflussung Gesetze in ihrem Sinne zu erreichen. Durch diese Aktivitäten wurden viele Wähler enttäuscht und wandten sich von den Parteien ab. Eine erste Reaktion waren die Grünen (mittlerweile konservativer als die christlich-soziale Union). Dann kam die Partei Die Linke aus Enttäuschung über die unsoziale Politik von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands = SPD/Grüne (ALG II, Renten- und Gesundheitsreform usw.). Die Partei Die Linke sieht sich als „Korrekturfaktor" gegen die unsoziale Politik der Regierung. Sie ist generationenübergreifend für alle da. Die Piratenpartei schwimmt auf der Welle der „Yuppie-Generation/Facebook". Dieses ist nicht verwerflich. Jedoch ihre Aussagen sind einfach abgeschrieben oder auf einen Schwarz-Weiß-Nenner gebracht. Jedoch für uns Ältere finde ich nichts im Programm. Nur von Internet und ohne soziale menschliche Bindungen – so kann niemand leben. Leider hat die derzeitige Politik (Wulff, Afghanistan, Euro-Schirm usw.) die Menschen noch mehr verunsichert – die Menschen suchen nach Werten, sozialen Halten und einem Lebensabend in Würde. Ob dieses die Piratenpartei erreichen will?*

Ebenfalls zur Frage des Monats April stellt Jürgen Sandmann, Bremerhaven, fest: *Die Prozentzahlen der Piratenpartei werden leider noch einige Zeit ansteigen (bis etwa Ende 2013), um dann stark abzufallen, wenn das Wahlvolk erkennt, dass die Piratenpartei zu den brennenden Fragen der Gegenwart absolut nichts Konkretes zu sagen hat: ohne Programm, nur mit dem Laptop, ist keine Politik zu machen.*

Auch Betti Wiederhold, Rheda-Wiedenbrück, äußert sich zum Thema Piratenpartei: *Ich hoffe doch sehr, dass die Piraten in Zukunft die politische Landschaft verändern. Meine Stimme am 13.5. bekommen sie. In den letzten Monaten habe ich mich fürchterlich geärgert: Über die Diäten-Erhöhung um 500 Euro in NRW (fast alle waren sich einig!) und über die Ehrenbezüge des ehemaligen Bundespräsidenten. Solange unsere „Volksvertreter" in den Aufsichtsräten (RWE / VEW / Ölkonzerne) sitzen, ändert sich nichts für uns Normalverbraucher. Ich bin mir im Klaren, dass auch die Piratenpartei wie zum Beispiel die Grünen nach Erfolgszeiten wie die anderen großen Parteien werden. Aber das ist mir egal, dann habe ich wahrscheinlich Demenz.*

Zur Frage des Monats März „Bundespräsident nötig?" schreibt Evelyn Finke, Isenbüttel, der Redaktion nachträglich: *Einen Bundespräsidenten brauchen wir nicht. Der kostet den Steuerzahler nur viel Geld. Es gab genug Skandale mit Bundespräsident Wulff. Er hat das Amt beschädigt. Wir brauchen keinen Präsidenten, der nur die Hände schüttelt. Für die Skandale bekommt er auch noch Personal. Wir haben genug Probleme im Land. (...).*

Gesucht und gefunden in der SoVD Zeitung

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen

Anzeigenverwaltung des Sozialverband Deutschland
Dialog Welt GmbH, Postfach 1345, 75405 Mühlacker

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen" (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen"), pro Zeile 8,30€ incl. 19% Mwst. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße, Nr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Telefon _____

Ich ermächtige die Anzeigenverwaltung (Dialog Welt GmbH) des Sozialverband Deutschland, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank/Postscheckamt _____ in _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: Ausgabe _____

Pro Zeile 8,30 €

Mindestgröße 2 Zeilen = 16,60 €

3 Zeilen = 24,90 €

4 Zeilen = 33,20 €

5 Zeilen = 41,50 €
Je weitere Zeile = 8,30 €
Chiffregebühr 6,95 € | (Preise incl. 19% MwSt.)

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1 spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörter am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 30 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 6,95 € pro Anzeige incl. MwSt.

DIALOG WELT

Edle Wander u. Handstöcke, Ihr sicherer Begleiter m. Holz/Geweihgriff mögl. v. Ranke naturgedr. bearb. lasiert ab 4-8 Dreh. 0,80-1,6 m ab 40 €. Adler, Eule, Sperber für Garten ab 50 €. Info ☎ 0 171/5 31 18 61

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- € Anlieferung möglich ☎ **051 08/925496**

Antworten für Chiffranzeigen bitte an:
Dialog Welt GmbH
Anzeigenvermarktung SoVD
Chiffrenummer XY
Lugwaldstr. 10 · 75417 Mühlacker

Kontaktanzeigen

Ich, weibl., 60 Jahre mit leichter Behinderung, suche Gegenstück mit Herz u. Humor für gemeinsame Unternehmungen. Evtl. wird ja auch mehr daraus. Chiffre-Nr. 52506301

Er, 66 J., 166, sucht im Raum BSB, OS DH, nette Frau bis sehr mollig für Dauerfreundschaft. Chiffre-Nr. 52506302

www.menschenAb50.de

Die Zukunft will gepflegt sein.

Das Thema Pflegezusatzversicherung steht im Fokus. Immer mehr Menschen erkennen, dass Pflege teuer werden kann. Die gesetzliche Pflegeversicherung deckt im Durchschnitt nur die Hälfte der entstehenden Kosten ab, mit einer privaten Pflegezusatzversicherung kann einer „Pflegelücke“ vorgebeugt werden.

Als Mitglied des Sozialverband Deutschland e.V. genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz:

Pflegerenten - Risikoversicherung

- Aufnahme von 18 bis 80 Jahre
- Zwei Tarife zur Auswahl
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150 bis 2.000 EUR
- Finanzielle Entlastung bereits ab Pflegestufe 0
- Bei Pflegebedürftigkeit nach dem 3. Versicherungsjahr (=Wartezeit) lebenslange Leistung - unabhängig ob Pflege zu Hause, im Heim, von Fachkräften oder Angehörigen
- Bei Pflegefall durch Unfall keine Wartezeit
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles
- Auch für Ehegatten und Lebenspartner

Bitte ausfüllen und einsenden an:

ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für
Verbandsgruppenversicherungen
Überseering 45, 22297 Hamburg

Koll 945

☑ Ja, ich möchte mehr über die Pflegerenten-Risikoversicherung wissen:

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon:

ERGO

Tipp für Kinder

Die drei Fragezeichen

Ihre Hörspiele verbinden Generationen. Kein Wunder: Seit über 30 Jahren ermitteln die drei Detektive aus Rocky Beach schon in verzwickten Fällen. Bei ihren neuesten Fällen begeben sich Justus Jonas, Peter Shaw und Bob Andrews in die Welt des Fußballs sowie in die Gesellschaft eines kriminellen Genies.

... und das Fußballphantom

Das Fußballstadion brodelt. Es geht um den Highschool-Meisterschaftstitel. Peter gerät zufällig in ein fremdes Handygespräch. Was er mithört, lässt ihm das Blut in den Adern gefrieren. Unversehens müssen die drei Fragezeichen einem gefährlichen Erpresser das Handwerk legen.

Botschaft aus der Unterwelt

Dank seiner unfehlbaren Kombinationsgabe hat Justus Jonas wieder einmal einen Fall der drei ??? im Handumdrehen gelöst. Doch kaum ist die Akte geschlossen, bekommen die drei Detektive Post von einem mysteriösen Klienten. Er benennt sich selbst nach Sherlock Holmes großem Erzfeind „Professor Moriarty“ und beauftragt Justus, Peter und Bob, für ihn eine geheimnisvolle Botschaft zu entschlüsseln.

Die drei Fragezeichen und das Fußballphantom (Folge 153); Die drei Fragezeichen – Botschaft aus der Unterwelt (Folge 154, erhältlich ab dem 18. Mai), Europa, je 1 CD, je 7,99 Euro.

Um eine CD der drei Fragezeichen zu gewinnen, schickt eine E-Mail (Betreff „Die drei ???“) an: buchtipp@sovd.de oder eine Postkarte mit dem gleichen Betreff an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.

Kurz gelacht

An einem Sonntag unternimmt die ganze Familie einen Waldspaziergang. Plötzlich bleibt der Vater stehen und sagt: „Hört ihr das Klopfen? Das ist ein Specht!“ „Und warum klopft er an die Bäume?“, fragt darauf der Sohn. Der Vater erklärt: „Der Specht frisst Würmer, die unter der Baumrinde sitzen.“ Der Sohn schaut ihn ungläubig an: „Und warum machen die Würmer auf, wenn der Specht klopft?“

Rolands Rätselecke

Der Fahrraddieb

Ein neuer Fall für Kommissar Bär: Auf dem Schulhof wurde einem Mädchen ihr Fahrrad gestohlen. Passiert sein musste es zwischen acht und neun Uhr morgens. Der Polizist spricht drei Kinder an, die vor dem Klettergerüst zusammenstehen.

„Sagt mal Jungs, hier ist heute ein Fahrrad verschwunden. Habt ihr vielleicht etwas beobachtet?“ Der eine Junge gibt an er habe selber erst zum Geburtstag ein neues Rennrad bekommen, während der zweite etwas verschämt eingesteht, er könne noch gar nicht Rad fahren – höchstens mit Stützrädern. „Und du?“, wendet sich Kommissar Bär an den dritten Jungen. „Ich?“, entgegnet dieser. „Ich hatte heute zur dritten Stunde Unterricht und war deshalb erst um halb zehn in der Schule.“ Kommissar Bär blickt ihn ernst an: „Ich glaube, wir müssen uns doch mal länger unterhalten.“ Darauf erwidert der Junge entrüstet, dass er ja wohl mit einem Damenfahrrad ohnenhin nichts anfangen könne. Doch alles Protestieren half nichts. Er hatte sich gleich mit zwei Fehlern verraten – welche waren das?

Die Lösung steht auf Seite 18.

Foto: mikele/fotolia

Nummer sicher: Fahrräder am Besten immer anschließen!

Voll durchgeblickt

Geld oder Kindergarten?

Die Bundesregierung möchte Eltern Geld zahlen, wenn diese ihre Kinder vor dem dritten Lebensjahr zuhause betreuen. Allerdings finden diesen Vorschlag nicht alle Politiker gut, denn dann müsste ein Elternteil – meistens ist das die Mutter – auf einen eigenen Arbeitsplatz verzichten. Außerdem wurden viele Kindergärten gerade deshalb mit staatlichem Geld gebaut, um eine frühestmögliche Förderung von kleinen Kindern zu garantieren.

Die Politik hat sich in den vergangenen Jahren bemüht, die Familien in Deutschland bei der Erziehung von Kindern zu unterstützen. So gibt es beispielsweise ein sogenanntes Kindergeld. Außerdem bieten staatliche Kindergärten eine Betreuungsmöglichkeit für Eltern, die zum Beispiel tagsüber arbeiten müssen und sich deshalb nicht selbst um ihre Kinder kümmern können. Allerdings reicht die Zahl dieser staatlich geförderten Kindergärten nicht aus, weshalb vor allem in größeren Städten nicht jedes Kind einen Platz bekommt.

Einige Elternpaare entscheiden sich zudem ganz bewusst dafür, sich um ihr Kind zuhause zu kümmern und es nicht in einen Kindergarten gehen zu lassen. Als einen Ausgleich sollen diese Eltern nach den Vorstellungen der Regierung dafür in den ersten drei Lebensjahren des Kindes eine zusätzliche Unterstützung von 100 bzw. 150 Euro erhalten, das sogenannte Betreuungsgeld.

Die Gegner dieser Idee kritisieren, dass damit vor allem Frauen davon abgehalten würden, selbst arbeiten zu gehen. Wenn diese Mütter jedoch einige Jahre nicht in ihrem eigentlichen Beruf gearbeitet hätten, würde es ihnen schwer fallen, überhaupt wieder einen Job zu finden.

Eine weitere Sorge besteht darin, dass Kinder, die allein von ihren Eltern betreut werden, möglicherweise nicht eine ebenso gute frühkindliche Betreuung erhalten. Diese Frage lässt sich jedoch nicht so einfach beantworten, denn natürlich ist es für die Kinder auch wichtig, eine Bindung zu ihrer Mutter und zu ihrem Vater aufzubauen. Eine Betreuung zuhause muss also nicht grundsätzlich schlecht sein.

Foto: Kaarsten/fotolia

Für Kleinkinder, die zuhause betreut werden, soll es Geld vom Staat geben.

Zeichnung: Matthias Herrndorff

Zeitmaschine

Nächster Halt: Roter Platz

Vor genau 25 Jahren sorgte ein junger Deutscher weltweit für Aufsehen. Am 28. Mai 1987 drehte ein kleines Sportflugzeug mehrere Runden über dem Roten Platz in Moskau, bevor es in der Nähe des Kreml schließlich landete. Der Maschine entstieg der 18 Jahre alte Mathias Rust. Obwohl er seine Tat in den Dienst des Weltfriedens stellte, wurde er vom KGB verhaftet.

Ursprünglich zu einem Rundflug über die Nordsee aufgebrochen, änderte der Pilot seine Route Richtung Helsinki. Von dort überquerte Mathias Rust die russische Grenze und wurde dabei von der Luftüberwachung erfasst. Zwar stiegen mehrere Kampfflugzeuge auf, nahmen den Flieger des Deutschen jedoch nicht unter Beschuss. Unbehelligt landete die Sportmaschine nach mehreren Stunden schließlich auf der Großen Moskwa-Brücke in der Nähe des Roten Platzes. Rust erklärte den Medien, sein Flug stehe für die Verständigung zwischen den Völkern. Doch das half ihm nicht. Er wurde verhaftet und vom Obersten Gerichtshof der Sowjetunion zu vier Jahren Arbeitslager verurteilt. Nach 14 Monaten wurde Rust begnadigt.

Hier, so könnte man meinen, endet die kurze Berühmtheit des tollkühnen Hobbyfliegers. Doch weit gefehlt. Allerdings waren die folgenden Schlagzeilen weit weniger rühmlich und ließen sich auch kaum mit dem Engagement für den Weltfrieden erklären. Im Jahr 1989, Rust leistete damals Zivildienst in einem Krankenhaus, griff er eine Schwesternschülerin mit einem Messer an, weil diese ihm einen Kuss verwehrt hatte. Es folgte eine weitere Gefängnisstrafe – dieses Mal in Deutschland – sowie zahlreiche Anzeigen wegen Diebstahl und Betrug. Später gab Rust an, von seinen Einkünften als professioneller Pokerspieler zu leben bzw. trat als Organisator von Autorennen in Estland auf.

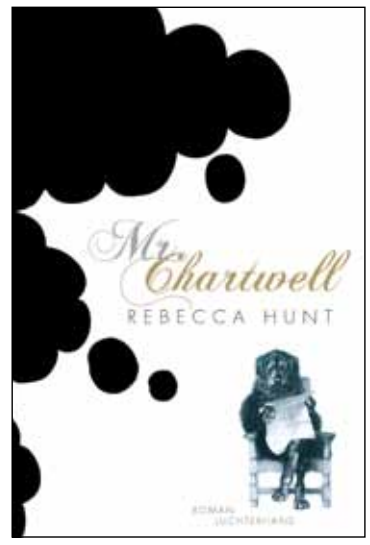
Foto: Andreas/fotolia

Der Rote Platz in Moskau eignet sich nicht als Flugplatz. Diese Erfahrung machte vor 25 Jahren ein junger Deutscher.

Was aber bleibt außer der Erinnerung an Rusts Landung in Moskau? Da wäre sein Flugzeug. Die Cessna 72 steht heute im Deutschen Technikmuseum in Berlin. Dort ist sie Teil der Ausstellung „Fliegen über den Eisernen Vorhang“.

Buchtipp

Mr. Chartwell



Als die Bibliothekarin Esther Hammerhans einen Untermieter sucht, glaubt sie ihren Augen kaum zu trauen: Vor ihrer Tür steht ein riesiger schwarzer Hund, der sich als Mr. Chartwell vorstellt. Obwohl Esther fest entschlossen ist, den unheimlichen Besucher unverzüglich loszuwerden, nimmt sie ihn zu ihrer eigenen Überraschung doch bei sich auf. „Der schwarze Hund“, so nannte Winston Churchill die Depressionen, unter denen er sein Leben lang litt. Und Mr. Chartwell ist niemand anders als jener düstere und verführerische Eindringling, der nun droht, auch das Leben von Esther Hammerhans zu überschatten. Humorvoll nähert sich Rebecca Hunt einem ernsten Thema und zeigt auf bezaubernde Weise, wie merkwürdig, überraschend und auch ein wenig absurd das Leben sein kann.

Rebecca Hunt: Mr. Chartwell. Luchterhand Literaturverlag, 256 Seiten, ISBN: 978-3-630-87347-3, 18,99 Euro.

Wenn Sie eines der vorgestellten Bücher gewinnen wollen: E-Mail (Betreff „Mr. Chartwell“) an: buchtipp@sovd.de oder Postkarte an: SoVD, Redaktion, Stichwort „Mr. Chartwell“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.

SoVD-Tipp Gesundheit

Unfallfreie Gartenarbeit

Natur und Frischluft tun Körper und Seele gut: Gartenarbeit trainiert Bewegung und Koordination und beruhigt. Sie wird sogar bei verschiedenen Beschwerden als Therapie eingesetzt. Doch viele Menschen unterschätzen die Gefahren. Laut Experten passieren im Garten jährlich ca. 200 000 Unfälle; und zwar besonders gehäuft im Monat Mai.

Die Sonnentage werden häufiger, die Temperaturen steigen: Spätestens jetzt werden Balkone und Gärten für den Sommer vorbereitet. Denn der Aufenthalt im Freien und die Arbeit in und mit der Natur können gesund halten.

Allerdings drohen auch Schnitt-, Schürf- oder Stichverletzungen sowie womöglich Stürze. Oft eher mittelfristig lauern zudem orthopädische Schäden. Mit einigen einfachen Vorsichtsmaßnahmen bleibt die Gartenfreude aber ungetrübt.

Als Schutz vor Stürzen sollten Leitern stets sicher und fest aufgestellt sowie „Stolperfallen“ wie nasses Obst oder der Gartenschlauch immer gleich beiseite geräumt werden.

Durch kleine Wunden können Infektionen entstehen. Deshalb sollten Sie Ihren Tetanus-Impfschutz alle zehn Jahre auffrischen (die Kosten übernehmen die Krankenkassen). Und laufen Sie nicht barfuß – so angenehm das Gras auch an den Füßen kitzelt! Festes Schuhwerk erhöht zusätzlich die Standsicherheit und schützt, zusammen mit langer Kleidung, vor Insektenstichen und Zeckenbissen. Da diese FSME und Borreliose übertragen können, sollten Sie Ihren Körper nach der Gartenarbeit nach Zecken absuchen.

Foto: Fotofreundin/fotolia

Der Aufenthalt im Garten soll entspannen, nicht verletzen.

Um orthopädischen Schäden vorzubeugen, sollte außerdem immer gelenk- und rückenschonend gearbeitet werden. Oberstes Gebot hierbei: Erledigen Sie so wenig wie möglich kniend, hockend oder gebückt! Spezielle Gartengeräte ermöglichen das durch Rollen, Kniepolster oder Teleskopgriffe. Und wer seinen Nutzgarten als Hochbeet anlegt, kann die eigenen, leckeren Tomaten nicht nur rückenschonend säen, sondern auch ernten.

Denksport

Alles Gute zum Muttertag

Foto: kids.4pictures/fotolia

Am 13. Mai ist Muttertag. Wir gratulieren daher mit diesem blumigen Suchspiel, bei dem sich auf dem unteren Bild fünf Fehler eingeschlichen haben – viel Spaß!
Zur Erfolgskontrolle schauen Sie einfach auf Seite 18 nach!

Buchtipp

Da gehen doch nur Bekloppte hin

Die Vorstellung einer Psychotherapie ist häufig von Klischees bestimmt: Der Psychotherapeut erscheint als Zuhörer im Ohrensessel, der sich Notizen macht. Doch wie sieht der Alltag eines Psychotherapeuten wirklich aus, mit was für Fällen ist er konfrontiert, was passiert eigentlich in einer Behandlung und wie reagieren Mitmenschen auf diesen Berufstand? Unterhaltsam und anschaulich zeigt Andrea Jolander, ob man einen Therapeuten braucht, was ein Psychotherapeut eigentlich ist und wobei er helfen kann. Ein Buch, das Mut macht und die Hemmschwelle senkt, sich mit dem Thema Psychotherapie zu beschäftigen.

Andrea Jolander: Da gehen doch nur Bekloppte hin. Heyne Verlag, 224 Seiten, ISBN: 978-3-453-20002-9, 14,99 Euro.

Wenn Sie eines der Bücher gewinnen möchten, schicken Sie eine E-Mail (Betreff „Bekloppte“) an: buchtipp@sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Redaktion, Stichwort „Bekloppte“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.

Variante: LEICHT

2						4	7	6
			6	◯	3			
8				7	5		3	
7	8	1					6	
5		6		9		8		1
	4	◯				3	5	7
	1		4	2				5
			8		6		◯	
6	7	5						8

076

Auflösung des Vormonats

1	3	8	4	2	5	7	9	6
9	7	5	8	3	6	1	4	2
2	6	4	9	7	1	8	5	3
4	2	7	5	8	3	9	6	1
8	9	1	7	6	4	3	2	5
6	5	3	2	1	9	4	7	8
5	8	6	1	4	7	2	3	9
7	1	9	3	5	2	6	8	4
3	4	2	6	9	8	5	1	7

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

		4				6	9	5
		9	5		6			◯
5	1						2	
6			8			3	4	
	◯			7				
	9	8			3			6
	8		◯				7	4
			4		2	1		
4	6	3				8		

Auflösung des Vormonats

4	9	5	8	3	1	7	2	6
6	2	1	5	7	9	4	8	3
3	8	7	6	4	2	9	1	5
8	1	6	3	9	7	2	5	4
5	3	9	4	2	6	8	7	1
7	4	2	1	5	8	3	6	9
1	6	4	7	8	3	5	9	2
9	5	8	2	6	4	1	3	7
2	7	3	9	1	5	6	4	8

Um einen Buchpreis zu gewinnen, senden Sie einfach eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stichwort „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Oder schicken Sie eine E-Mail an: sudoku@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, unbedingt Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist der 15. Mai.

Verrücktes Deutschland

Besser dran mit Neckermann?

Sein Versandhausunternehmen startete Josef Neckermann (1912–1992) 1950 mit dem Versenden von 100 000 Katalogen: zwölf Seiten, 133 Artikel. Umsatz: 10 Millionen DM. Zehn Jahre später hatte sein Frühjahr/Sommer-Katalog eine Auflage von 18 Millionen. Slogan: „Besser dran mit Neckermann.“ Aufschrei der Konkurrenz. Quelle zog gleich vor Gericht: unlauterer Wettbewerb, vergleichende Werbung – und bekam recht. Neckermann musste einen Großteil seines Katalogs einstampfen. Für Herbst/Winter musste also ein neuer Slogan her. Diesmal war das Chefsache. Abendliche Konferenz mit engen und vertrauten Mitarbeitern und den Profis von der Werbeagentur McCann. Vorschläge, Peinlichkeiten ohne Ende, dann Mitternacht, es gab Würstchen: „Neckermann macht‘s möglich“, sagte dankbar der junge Kundenkontakter Horst Joachim Wilke. Neckermann war begeistert: „Die Philosophie unseres Unternehmens!“ McCann-Profis total dagegen („Wird Sie Millionen kosten“), Neckermann unbeirrbar. Prämie vom Chef für Wilke: eine Deutsche Mark. Das war doch mal etwas!

Die Texte stammen aus dem Tageskalender „Verrücktes Deutschland“ und erscheinen mit freundlicher Genehmigung des Harenberg Verlags.

Foto: Meddy Popcorn/fotolia

Entspanntes Einkaufen von zuhause aus – das ermöglichte unter anderem der Katalog des Versandhauses Neckermann.

Gewinner des Monats

Verlosungen April

Im Folgenden veröffentlichen wir die Namen der Gewinner unserer Verlosungen des vergangenen Monats. Die Redaktion der SoVD-Zeitung gratuliert allen Genannten zu ihrem Gewinn! Der Versand der Gewinne erfolgt wenige Tage nach Erscheinen der aktuellen Ausgabe.

Zeichnung: Matthias Herrndorff

Die richtige Lösung unseres Osterrätsels vom April lautete „NIKOLAUS“.

Des Rätsels Lösung

Der Fahrraddieb

Kommissar Bär hat zunächst Verdacht geschöpft als der Junge behauptete, erst um halb zehn in der Schule gewesen zu sein. Er schien also zu wissen, dass der Diebstahl vor dieser Zeit passiert war – das aber hatte der Polizist den Kindern nicht verraten. Ebenso, und das war sein zweiter Fehler, sprach der Junge von einem Damenfahrrad. Dabei hatte der Kommissar nur von einem Fahrrad gesprochen.

Alles Gute zum Muttertag

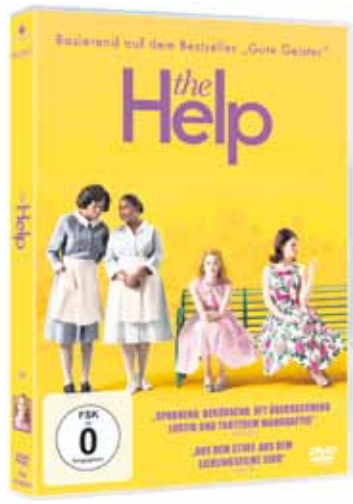
Und, alle fünf Unterschiede in dem unteren Bild entdeckt?

- Die große Blume in der Hand hat eine andere Farbe.
- Die Schnalle an der Mütze sitzt weiter links.
- Der Grashalm am Bauch des Jungen fehlt.
- Aus der Mütze schaut eine Haarsträhne heraus.
- Rechts neben dem Jungen sind zwei weiße Blüten hinzugekommen.

Mit spitzer Feder

Filmtipp

The Help



1962 sind schwarze Hausangestellte in den Südstaaten der USA keine Seltenheit. Sie kochen, putzen, versorgen die Kinder und gelten dennoch als Menschen zweiter Klasse. Als eine junge Weiße beginnt, die Hausmädchen für ein Buchprojekt zu interviewen, stößt sie auf Widerstand. Erst nach einem folgenschweren Vorfall sind immer mehr Hausmädchen bereit, ihre tragische bis witzige Lebensgeschichte zu erzählen. Octavia Spencer wurde für ihre Rolle als Haushälterin Minny in diesem Jahr mit dem Oscar als beste Nebendarstellerin ausgezeichnet.

The Help (1 DVD), DreamWorks, 140 Minuten, ohne Altersbeschränkung, 13,99 Euro.

Um ein Filmpaket (DVD, Poster und original Rezeptbuch zum Film) zu gewinnen, schicken Sie eine E-Mail (Betreff „The Help“) an: filmtipp@sovd.de oder eine Postkarte an: SoVD, Redaktion, Stichwort „The Help“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.

Delikatessen		Verhältniswort	zuvorkommend	Abk.: Bauaufsichtsamt		Syndrom völliger Erschöpfung (engl.)	Haar-, Schuhschließe		Stadt am Rhein (Baden-Württ.)	gezeichnetes Rehkitz	Abk. für einen Bibelteil		Stadt bei Nürnberg	Wohnzimmermöbel		vertrocknet
Verlust	▶								ugs.: Gefängnis	▶			Abk.: sport utility vehicle	▶	10	
▶			13			Seeräuberei	▶	3								Geizhals
geradlinig		Schwermetall	▶		14				Schmiervorrichtung		ugs.: kleines Dummchen		Abk.: Deutsches Rotes Kreuz	▶		
▶				Abk.: Atmosphäre		Tennisschlag (engl.)		Inneres einer Frucht	▶	4						
dringend		Stadt im Bergischen Land	Kompensation	▶			12						Vorname des Komikers Lingen †		abgeschmackt	
im Pendelverkehr eingesetztes Fahrzeug	▶							Männerkurzname		essbares Tiereingeweide		Produkt aus Sojabohnen	▶			7
▶					früheres brit. Weltreich		Kindersprache: Bett	▶	8			deutscher Komponist (Joseph) † 1960	▶			
Volksgruppe	Südafrikaner		Anteilschein	dt. Hafenstadt	▶								2			
▶	9						Stammvater der Menschen		Mineral, Speckstein		Untergrund beim Beachvolleyball	Strom in Mitteleuropa	▶		5	
Gewichtsverlust		Abk.: Oberverwaltungsgericht		Fragewort (4. Fall)		dt. Bildhauer, Maler (Horst)	▶				6					
Jägerspr.: Rothirsche	▶							bunter Papagei	▶							
▶						Stadt in Nordrhein-Westf.	▶		1		®					
Polizeidienststelle	willkommen	▶		11				Schaf-, Ziegen- o. Kalbleder	▶		182					

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

■	■	■	■	A	■	■	E	■	■	■	M	■	■	R	■
G	E	M	E	N	G	S	E	L	■	R	E	I	S	S	E	N
■	R	A	T	E	R	■	R	A	D	E	■	S	E	C	H	■
■	N	I	■	G	A	R	E	N	■	V	■	S	A	H	N	E
D	A	G	M	A	R	■	M	■	S	U	P	I	■	L	A	X
■	■	R	■	T	■	R	I	S	T	E	■	O	■	E	■	P
■	G	E	D	I	C	H	T	■	O	■	E	N	D	U	R	O
M	O	T	I	V	■	O	■	B	R	A	M	■	E	D	E	N
■	U	■	V	■	A	N	G	I	E	■	S	■	N	E	N	A
■	R	H	E	I	N	E	■	B	■	W	E	I	N	R	O	T
■	M	A	R	■	G	■	O	B	R	A	■					
■	A	U	S	R	E	I	S	E	■	L	U					
A	N	T	E	I	L	■	T	R	I	E	L					
■	D	■	S	O	N	N	E	N	■	S	M					

Gesichtscreme (1-13)

Das Lösungswort zum Gewinnen eines Buchpreises bitte bis zum 15. des jeweiligen Monats einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben pro Jahr, Doppelausgabe für Juli/August). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e. V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030 / 7 26 22 20, Fax: 030 / 7 26 22 21 45, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Redaktion: Veronica Sina (veo/verantwortlich), Joachim Baars (job), Brigitte Grahl (bg), Steffi Rose (Bildbearbeitung), Roswitha Moldenhauer (Redaktionsassistenz). Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für vorgestellte Produkte ist damit nicht verbunden. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben.

Anzeigenverwaltung: Dialog Welt GmbH, Lugwaldstraße 10, 75417 Mühlacker, Tel.: 07041/95070, Fax: 07041/950799.

Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug nach IVW im 1. Quartal 2012 insgesamt 400 016 Exemplare.

Berlin / Brandenburg

Foto: Herbert Schlemmer

Auf der Berliner Veranstaltung zum Equal Pay Day am Brandenburger Tor waren unter anderem auch SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack und DGB-Bundesvorsitzender Michael Sommer präsent.

Nordrhein-Westfalen

Für Inklusion, gegen Armut und Ausgrenzung

Der SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen hat anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl sozialpolitische Forderungen an die künftige Landesregierung aufgestellt. Im Mittelpunkt stehen Inklusion und Bekämpfung der Armut.

Der SoVD Nordrhein-Westfalen hat aus Anlass der Landtagswahl am 13. Mai sozialpolitische Forderungen erarbeitet und diese der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Landesverband fordert ein inklusives Bildungssystem, die Weiterentwicklung des Landespflege- und Landesheimgesetzes und die Schaffung eines barrierefreien NRW. Von der zukünftigen Landesregierung erwartet der SoVD-NRW außerdem, dass sie in einem Aktionsplan umfassend darlegt, wie sie den Anforderungen der UN-Konvention gerecht werden will.

Mehr Inklusion gefordert

Dringender Handlungsbedarf besteht aus Sicht des Verbandes zudem bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. „Die neue Landesregierung muss im Schulgesetz einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht verankern. Sie muss Ressourcen und Personal für inklusive Bildung bereitstellen“, sagte die 1. Landesvorsitzende Gerda Bertram. Großen Handlungsbedarf sieht der Landesverband auch bei der Weiterentwicklung des Landesheim- und Landespflegerechts sowie beim Ausbau der ambulanten Versorgung, um die Selbstbestimmungsrechte der Pflegebedürftigen zu stärken.

Kampf gegen Armut

Des Weiteren fordert der SoVD-NRW von der künftigen Landesregierung einen entschlossenen Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. In Nordrhein-Westfalen leben 2,5 Millionen arme Menschen. Jedes vierte Kind lebt in Armut. „Kinderarmut lässt sich nur bekämpfen, wenn man die Elternarmut bekämpft. Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor und sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Daher fordern wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns“, erklärte die Landesvorsitzende.

Richtungswechsel nötig

Das Land solle künftig seine Einflussmöglichkeiten nutzen, um einen Richtungswechsel in der Sozial- und Verteilungspolitik der Bundesregierung zu bewirken.

Die sozialpolitischen Forderungen des SoVD-NRW zur Landtagswahl können im Internet abgerufen werden unter: www.sovd-nrw.de

Sachsen-Anhalt

Gleicher Lohn für alle

Am Equal Pay Day demonstrierten bundesweit Verbände und Oragnisationen gegen die immer noch ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern. Auch der SoVD mobilisierte seine Mitglieder. In Sachsen-Anhalt fanden flächendeckend Aktionen statt.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – unter diesem Motto standen die Aktionen zum Equal Pay Day am 23. März. Neben einer Vielzahl weiterer örtlicher Aktivitäten in den Ortsverbänden fanden auch in der Landeshauptstadt Magdeburg Frauentreffen, Gespräche und Zusammenkünfte anderer Art unter Beteiligung des Sozialverband Deutschland e.V. und der Regie des Frauenpolitischen Runden Tisches statt.

Die in einer Unterschriftenaktion gesammelten Namenslisten mit den Forderungen zu „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ werden an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales weitergeleitet.

In einer weiteren Veranstaltung sprach die Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Angela Kolb zu dem Thema. Sie solidarisierte sich mit den Forderungen der Frauen nach einer gleichberechtigten Bezahlung beider Geschlechter und ermutigte die Frauen, in ihren Aktivitäten nicht nachzulassen.

Landesfrauenausschussmitglied Kerstin Grums gehörte zu den vielen SoVD-Mitgliedern, die am Equal Pay Day demonstrierten.

Schleswig-Holstein

Jung und Alt in einem Verband

Familie Soldwedel ist ein Beispiel dafür, dass der SoVD für alle Generationen attraktiv ist. Die beiden ältesten Töchter wurden vom Ortsverband Delve für zehnjährige Mitgliedschaft geehrt. Die jüngste Schwester feiert das Jubiläum im nächsten Jahr ebenfalls.

In Schleswig-Holstein ist das Selbstverständnis des SoVD als Generationen übergreifender Verband längst gelebte Realität. Gerade aufgrund der Familienmitgliedschaften verjüngt sich der Verband zusehends.

Ein gelungenes Beispiel hierfür ist die Familie Soldwedel aus dem Ortsverband Delve in Dithmarschen. Die beiden Töchter, die neunzehnjährige Melina und die dreizehnjährige Jasmin, nahmen an der Mitgliederversammlung teil und erhielten vom Kreisvorsitzenden Lothar Dufke für zehn Jahre Mitgliedschaft die Ehrennadeln und Urkunden überreicht.

Etwas eifersüchtig reagierte die jüngste Schwester der Geehrten, die neun Jahre alte Lara Soldwedel: „Ich bin richtig sauer, dass ich erst nächstes Jahr die Ehrennadel bekomme. Aber dann kriegt ihr keine, so!“ berichtete die älteste Schwester Melina amüsiert über die Reaktion ihrer „kleinen“ Schwester.

Bei solch einem enthusiastischen Nachwuchs kann der Sozialverband Deutschland e.V. beruhigt in seine Zukunft blicken.

Jasmin (li.) und Melina Soldwedel sind trotz ihrer jungen Jahre schon seit zehn Jahren im SoVD-Ortsverband Delve Mitglieder.

Neu im SoVD-TV

Unter www.sovd-tv.de finden Sie Fimbeiträge aus unterschiedlichen Bereichen. Neu hinzugekommen sind folgende Themen:

- IGeL – Individuelle Gesundheitsleistungen.
- Demenz-WG – Ein alternatives Wohnprojekt.

SoVD TV

Niedersachsen

Erwerbsminderung: Hohe Nachzahlung

Volker R. hat einen langen Leidensweg hinter sich. Nach einer Rückenoperation und vielen Schmerzen war 2008 klar: Der damals 43-Jährige kann nicht mehr in seinem Beruf im Einzelhandel arbeiten – und so stellte er bei der Deutschen Rentenversicherung einen Antrag auf die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente.

Dieser wurde allerdings mit der Begründung abgelehnt, dass die notwendigen Voraussetzungen für eine solche Rente bei dem gelernten Maler und Lackierer nicht vorlägen. Die Rentenversicherung war der Auffassung, dass Volker R. auf jeden Fall gesundheitlich noch in der Lage sei, regelmäßige Arbeiten von mindestens sechs Stunden täglich zu leisten.

Das SoVD-Mitglied hatte jedoch bereits im Februar 2008 eine Reha durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass er aufgrund seiner Krankheit und der damit verbundenen Schmerzen nur weniger als sechs Stunden arbeiten kann. Aus diesem Grund legte Volker R. schließlich Anfang 2009 Widerspruch gegen den Bescheid der Rentenversicherung ein und wies auch auf die Empfehlung aus der Reha-Maßnahme hin.

Doch auch dieses Vorgehen blieb erfolglos. Im Laufe des Widerspruchsverfahrens hatten sich die Schmerzen bei Volker R. derart verschlimmert, dass er eine spezielle Schmerztherapie begann. Daraufhin gab die Rentenversicherung ein neues Gutachten in Auftrag. Der Sachverständige, der Volker R. begutachtete, kam zu dem Ergebnis, dass es weiterhin möglich sei, dass er sogar mehr als sechs Stunden am Tag leichte bis mittelschwere Tätigkeiten ausübt. Der Widerspruch wurde somit abgelehnt.

Diesen Bescheid wollte Volker R. jedoch nicht hinnehmen und wandte sich an Carsten Elmer, der das SoVD-Beratungszentrum in Osnabrück leitet. Mit Elmers Hilfe erhob er im Sommer 2009 Klage vor dem Osnabrücker Sozialgericht. Während des Klageverfahrens wurde die Diagnose weiter verfeinert und festgestellt, dass das SoVD-Mitglied unter der sogenannten Scheuermann`schen Krankheit (Morbus Scheuermann) leidet. Dabei wächst in der Pubertät der Rücken ungleichmäßig, was Rückenschmerzen und sogar einen Rundrücken zur Folge haben kann. Außerdem wurde Volker R. ein chronisches Schmerzsyndrom attestiert. Diese Diagnose führte dazu, dass das Sozialgericht ein neues Gutachten in Auftrag gab. Dieses bestätigte den Befund und machte deutlich, dass Volker R. bereits bei der Antragstellung 2008 unter so starken Schmerzen litt, dass er die Erwerbsminderungsrente hätte erhalten müssen.

Nach dem jahrelangen Streit erkannte auch die Rentenversicherung den Fall an und gewährte dem heute 47-Jährigen die Rente von 1100 Euro monatlich. Und der SoVD konnte noch einen weiteren Erfolg für sein Mitglied verbuchen: Der Rententräger zahlte nachträglich noch fast 48000 Euro an Volker R.

Die Mitgliedschaft im SoVD bringt viele Vorteile mit sich – unter anderem eine kompetente Sozialberatung.

In ganz Niedersachsen steht der SoVD seinen Mitgliedern in etwa 60 Beratungszentren rund um das Thema Rente, aber auch bei Fragen zu Pflege, Behinderung, Gesundheit und Hartz IV zur Seite. Eine Übersicht der Beratungszentren gibt es im Internet unter www.sovd-nds.de oder telefonisch unter 0511/70148-0.

Niedersachsen

SoVD übergibt Spendenscheck

Der SoVD Niedersachsen e.V. hat der Löwenzahngruppe des heilpädagogischen Kindergartens „Regenbogen“ in Gifhorn 250 Euro sowie Kinderbücher gespendet. Der Scheck wurde von Ernst-Bernhard Jaensch, schulpolitischer Sprecher des SoVD in Niedersachsen, überreicht.

Der SoVD gibt damit seinen Gewinn aus dem Wettbewerb „Ideen Initiative Zukunft“ der Drogeriekette „dm“ weiter. Der Verband überzeugte die Jury mit seinen Fachtagungen zum Thema „Inklusive Schule“. Bei den Veranstaltungen diskutierte der SoVD mit Betroffenen, Lehrern und Politikern das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung in Niedersachsen. Die Kinder und Eltern der Löwenzahngruppe hatten den SoVD dabei mit ihren konkreten Erfahrungen unterstützt und so zur Sensibilisierung für dieses wichtige gesellschaftliche Thema beigetragen. So etwa auch Peggy Jeske, deren Tochter Pia den Gifhorner Kindergarten besucht. Bei der Präsentation des SoVD im „dm“-Markt in Langenhagen bei Hannover berichtete Jeske am Informationsstand über ihre Erfahrungen mit dem integrativen Kindergarten und über die Suche nach einer inklusiven Schule für ihre Tochter.

Der SoVD setzt sich mit vielfältigen Aktionen für die Inklusion und speziell für das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung ein. Derzeit besuchen in Niedersachsen lediglich 4,7 Prozent aller Kinder mit Handicap eine Regelschule. Nach langem Hin und Her wurde nun ein entsprechendes Gesetz von der Landesregierung verabschiedet. In diesem Zusammenhang kritisierte der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer die Aufrechterhaltung fast aller Förderschulen: „Wird Inklusion ernstgenommen, müssen die Förderschulen und Tagesbildungsstätten schrittweise abgebaut werden“, sagt Bauer. Andernfalls sei das Gesetz eine Mogelpackung.

Die Kinder freuten sich über den Spendenscheck und die Bücher, die ihnen Ernst-Bernhard Jaensch vom SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. überreichte.

Niedersachsen

Betroffene einbeziehen

Drei Jahre hat die niedersächsische Landesregierung gebraucht, um nun einen Entwurf für den Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention vorzulegen.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. zeigt sich enttäuscht von dem Papier. „Der Aktionsplan ist längst überfällig und leider völlig unzureichend. Im Wesentlichen kommt er über eine Beschreibung des Ist-Zustandes nicht hinaus. Eigentlich sollen damit die in der Konvention festgeschriebenen Menschenrechte umgesetzt werden. Davon kann man allerdings nicht sprechen – es fehlt an einer Zielbeschreibung, konkreten Maßnahmen und verbindlichen Zeitvorgaben. Es ist überhaupt nicht klar, wann und wie in Niedersachsen mit der Umsetzung der UN-Konvention begonnen werden soll“, kritisiert der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer. Außerdem habe es die Landesregierung einmal mehr versäumt, behinderte Menschen bei der Erarbeitung des Entwurfs mit einzubeziehen, obwohl die Behindertenrechtskonvention ausdrücklich eine aktive Einbindung fordere. „Deshalb setzen wir uns für eine Arbeitsgruppe ein, die sowohl aus Betroffenen als auch aus Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung besteht. Insbesondere die Menschen mit Behinderung gehören auf Augenhöhe in das Vorhaben einbezogen“, betont Adolf Bauer.

Adolf Bauer setzt sich dafür ein, dass Betroffene beim Aktionsplan einbezogen werden.

Schleswig-Holstein

Der lebendige Hafen ist eines der Markenzeichen des Nordsee-Heilbades Büsum.

Büsum für Kurzentschlossene

Das SoVD-Erholungszentrum im Heilbad Büsum bietet seinen Gästen einen erholsamen Urlaub mit frischer Nordseeluft, Meerwasser und Vollpension.

Im SoVD-Erholungszentrum in Büsum sind in den nächsten Monaten – auch im Sommer – noch Restplätze frei. Für Kurzentschlossene die ideale Möglichkeit, an der klaren Nordseeluft bei frühlingshaften Temperaturen für einige Tage die Seele baumeln zu lassen.

Der Preis ist unschlagbar günstig: 47 Euro pro Person und Tag inklusive Vollpension, für Nichtmitglieder 56 Euro. Nähere Informationen gibt es beim SoVD-Erholungszentrum Büsum, Möwenweg 14, 25761 Büsum, Telefon: 04834/9 52 50, Fax: 04834/95 25 15, E-Mail: ehz-buesum@sovd-sh.de.

Anmeldungen und Buchungsanfragen richten Interessierte bitte an den SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein, Muhliusstraße 87, 24103 Kiel, Telefon: 0431/9 83 88 32, Fax: 0431/9 83 88 10, E-Mail: ingeborg.feddern@sovd-sh.de.

Thüringen

Arbeitstreffen in Erfurt

Bei einem Arbeitstreffen des Landesverbandes Thüringen mit Vertretern des SoVD-Bundesvorstandes wurden Fragen zum Umzug der Geschäftsstelle sowie zur Sozialberatung und zur Unterstützung des Landesverbandes diskutiert.

Vertreter des Landesvorstandes Thüringen und des Bundesvorstandes berieten bei einem Arbeitstreffen über wichtige anstehende Fragen. Mit Wohlwollen wurde registriert, dass der geplante Umzug der Landesgeschäftsstelle zum 1. Juni in die Magdeburger Allee 138 bisher reibungslos verläuft. In der Frage der Sozialberatung wird es vorläufig keine Änderungen geben. Sie wird weiterhin mit dem Landesverband Sachsen geteilt werden müssen. Auch die gewünschte stärkere finanzielle Unterstützung durch den Bundesverband ist zurzeit nicht umsetzbar. Dafür wird es personelle Unterstützung im Bereich der Mitgliedergewinnung geben. Marketingexperte Roland Grüter vom Bundesverband wird dem Landesverband Thüringen tatkräftig unter die Arme greifen und gemeinsam mit dem Landesvorstand neue Strategien ausarbeiten. Mit diesen für beide Seiten zufriedenstellenden Ergebnissen endete das letzte Arbeitstreffen in den alten Räumen der Landesgeschäftsstelle.

Beim Arbeitstreffen dabei (v. li.): Manfred Grönda, Präsidiumsmitglied, Uwe Schopka und Anneliese Reinhardt, 2. Landesvorsitzende Thüringen, Maik Nothnagel, 1. Landesvorsitzender Thüringen, Martina Gehrmann, Bundesgeschäftsführerin, Roland Grüter, Marketing, Bundesverband (hinten), Marieta Bader, Frauensprecherin Thüringen, Detlef Trippler, Schatzmeister des Landesverband Thüringen (hinten), Siegried Schmidt, Schriftführer des Landesverband Thüringen.

Naturpark Spessart

SENIORENGERECHTES Gruppenreiseziel 2013
Lifte-Hallenbad 30°-Kegelbahn-Livemusik-Panoramalage

Staat. anerk. Erholungsort m. 100 km Wanderw. 88 Betten, Zi. Du/WC/TV/Fön/**Lift**, HP 39 €, VP 46 € (Büffet), EZZ 8 €, inkl. Kurtaxe, Freiplätze, Livemusik, Reiseleitung, Dia, Bingo, Grillfest u.v.m. Beste Ausflugsmöglichkeiten. *Frühbuchervorteil!*

Landhotel Spessartruh Wiesenerstr.129, 97833 Frammersbach, Tel. 09355-7443, Fax -7300. www.landhotel-spessartruh.de -Prosp. anf.-

Österreich

Hotel Schrofenstein★★★★ **Fam. Peter Vöck**
A-6500 Landeck - Tirol - Österreich
Tel 0043-5442-62395 · Fax 6 49 54-55
www.schrofenstein.at
Die Wirtsleute Völk
4 Sterne und 150 Jahre Gastlichkeit sind Garant für beste Qualität

Ganzjährig: Der zentralste Punkt für Ihre Ausflugsfahrten
im Dreiländereck mit Südtirol und Schweiz mit interessanten Rundfahrten

Kommen Sie in das ganzjährig nebelfreie Oberland mit seiner eindrucksvollen Bergwelt

Sie planen derzeit Ihre Reise für Frühjahr, Sommer, Herbst oder Advent?
Rufen Sie uns doch an! Wir senden Ihnen gerne Referenzschreiben von Reiseleitern zu!

Für alle Resttermine 2012 bieten wir Ihnen SUPERGRUPPENPREISE
ab 16 Pers. = **1 Freiplatz**; ab 33 Pers. = **2 Freiplätze**; ab 48 Personen = **3 Freiplätze**!

Für Sie wichtig... bei uns gibt`s genügend Einzelzimmer zum geringen Aufpreis

Gerne laden wir Sie zu uns ein und beraten Sie bei der Programmerstellung.
Unübertroffenes Preis-Leistungsverhältnis.
WIR HALTEN WAS WIR VERSPRECHEN!!

Gesucht und gefunden

VITAL Elektromobile®
Hersteller
TÜV
www.vital-mobil.de

Reichweiten bis zu 100km
6 bis 15km/h
Führerscheinfrei
ab 1.490€*
*Preis bezieht sich nicht auf das abgebildete Modell
Kostenlosen Prospekt anfordern!
Tel. 02351/953060
EAT Gundermann GmbH SoVD
Hohe Steinert 33, 58509 Lüdenscheid

Reisetipp

26160 Bad Zwischenahn im Ammerland, Haus Beneke, Hermann-Löns-Str. 10 B
Tel 04403/5283 Fax 64293. Gepfl. FEWO 45 m² - 70 m² für 2-4 Pers. Preis für 2 Pers. 35,- bis 52,- €
Die Wohnungen sind komplett eingerichtet mit Kabel-TV, Tel., Bettwäsche u. Handtücher.

Treppenlifte
Neue Treppenlifte ab 2.500 €
Elektromobile
Neue und Gebrauchte von 6–15 km/h
☎ 05246 / 700 63 33 (24 h)
www.treppenlifte-ellmers.de

Sauerland

Zum Urlaub ins Hochsauerland
nähe Willingen, Winterberg, Medebach, freundl. Zimmer Du/WC, VP 33,- €. *** **Pension Hellwig**, **Tel. 0 29 82 / 6 50 www.bauernhofpension.de**

Schwarzwald

Süd-Schwarzwald Schweizer Grenze
Ferien in Waldshut-Tiengen Ü/Fab 19€; Fam. Brehmer, Alemannenstr. 9, 79761 Waldshut-Tiengen
www. ferienhaus-brehmer.de ☎ 07741/3236

Heilkl. Kurort Höchenschwand Hochschwarzwald. Ferien im „Dorf am Himmel" auf der Sonnenterrasse des Schwarzwaldes, herrliches Wandergebiet, Ausflüge Schweiz + Frankreich. Gemütl. FeWo´s für 2-5 Personen ab 23 €; **I. Brehmer · Alemannenstr. 9 79761 Waldshut-Tiengen · ☎ 07741/3236 · www.ferienhaus-brehmer.de**

Sauerland

HOTEL ZUR IGELSTADT Top Hotel
Sauerland-Edersee-Top Gruppenpreis HP ab 29,--!!!
30 DZ u. 20 EZ, Lift, alles NEU
Igelstadt Hotels · 35104 Lichtenfels-Fürstenberg
☎ 05635-16 89 · Fax 05635-1401 · www.igelstadt.de

Lüneburger Heide

Wirkliche Erholung im "Gasthaus zur Eiche" Pension-Bäckerei Georg Oetzmann **29553 Edendorf bei Bad Bevensen.** Freundliche Gast- u. Clubzimmer mit Farb-TV, gemütl. Fremdenzimmer alle Du/WC, Liegewiese, Gartenlaube, waldr. Umgebung **ÜF 22,- € · Neu: Komfort Fewo 56m² Parterre, barrierefrei,Terrasse, 2-3 Pers. ab 38,- € ☎ 05823 / 75 60 · Fax 953471· www.gasthaus-zur-eiche.com**

Ihr neuer Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!
DIALOGWELT
· Kooperationsmarketing · Mediaplanung · Listbroking
Ansprechpartner:
Dialog Welt GmbH | Aniko Brand
Lugwaldstraße 10 | 75417 Mühlacker
Telefon: 07041 / 9507-288
Telefax: 07041 / 9507-289
E-Mail: aniko.brand@dialogwelt.com
Wir freuen uns auf Ihre Buchungen!

Christopher Lee wird am 27. Mai 90 Jahre alt

Als Böser richtig gut

Als Dracula, Mumie oder Frankenstein hat Christopher Lee sein Publikum das Gruseln gelehrt. Er ist auch im hohen Alter noch ein begehrter Schauspieler, meist für Bösewichter.

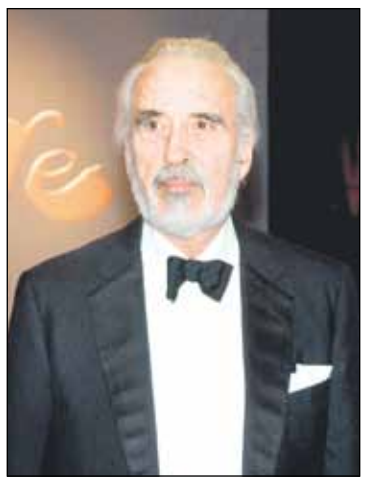


Foto:Wolfgang Langenstrassen/dpa

Christopher Lee kann auch freundlich gucken.

Für die Älteren ist Christopher Lee die Verkörperung Draculas, die Jüngeren kennen ihn als Zauberer Saruman aus der „Herr Der Ringe"-Trilogie. In seinen über 230 Filmrollen hat der imposante Engländer fast immer den Bösewicht gespielt. Dafür prädestiniert ihn seine Größe von 1,96 m, sein finsterer Blick unter buschigen Augenbrauen, aber auch seine tiefe Bassstimme. Die setzt er auch gerne musikalisch ein, denn er ist ausgebildeter Opernsänger.

Die Horrorfilme der Hammer Filmproduktion ab 1958 machten ihn berühmt. Ob Dracula, Dr. Fu Man Chu, Frankenstein – Lee war immer gut als Finsterling. Mitte der 70er hatte er vom Horrorgenre genug und suchte sich andere Rollen. Aber die Bösen wurden auch weiterhin wieder zu seinen erfolgreichsten Rollen wie Saruman aus „Herr der Ringe" (2001/2) oder Count Dooku in „Star Wars II" (2002).

Lee ist auch im hohen Alter ein vielbeschäftigter Schauspieler. Das hält ihn ebenso fit wie seine Hobbies: Er spricht sieben Sprachen, hört Heavy Metal, gärtnert gerne und kennt alle Namen der britischen Henker. Da scheinen seine finsteren Rollen doch ein wenig abgefärbt zu haben.

Prominente engagieren sich

Mission: Leukämie besiegen

Als Opernsänger hat José Carreras Weltkarriere gemacht. Beinahe ebenso bekannt ist er inzwischen durch sein Engagement gegen Leukämie. Er hat die Krankheit besiegt und eine Stiftung gegründet, die inzwischen Millionen für die Forschung gesammelt hat.

Foto: Jens Kalaene/dpa

José Carreras besucht leukämiekranke Kinder in der Charité und spricht ihnen Mut zu.

José Carreras ist lyrischer Tenor – für einige Kritiker der Beste des Jahrhunderts. Auch, wer mit Oper nichts am Hut hat, kennt ihn von seinen Auftritten mit Luciano Pavarotti und Placido Domingo als „Die drei Tenöre" während der Fußball-Weltmeisterschaften 1990 und 1994. Der Spanier legte eine rasante Karriere hin. Mit 24 Jahren gab er sein Operndebüt, mit 28 Jahren hatte Carreras ganze 24 Rollen in seinem Repertoire und in den berühmtesten Opernhäusern gesungen. 1987, auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn, wurde bei ihm Leukämie diagnostiziert, mit einer Überlebenschance von 1:10. Carreras unterzog sich der damals noch seltenen Knochenmarktransplantation und war ein Jahr später geheilt. Er kehrte erfolgreich auf die Opernbühne zurück, bis er sich 2009 zurückzog und seiner zweiten großen Aufgabe widmete: der Bekämpfung von Leukämie.

Aus Dankbarkeit für seine Heilung und die Fürsorge, die er erfahren hatte, gründete der Opernsänger 1988 die „José Carreras Stiftung". Sie fördert die Leukämieforschung, baut Behandlungszentren und unterstützt Initiativen und Projekte. Seit 1995 gibt es die Stiftung auch in Deutschland, und José Carreras veranstaltet seitdem jedes Jahr eine große Benefizgala, die live von der ARD übertragen wird. Bisher kamen knapp 100 Millionen Euro zusammen. Dank seines Einsatzes könnte sich vielleicht eines Tages Carreras Vision erfüllen: „Leukämie muss heilbar sein – immer und bei jedem."

Rolf Zuckowski, 65 Jahre jung

Im Herzen Kind geblieben

Rolf Zuckowski hat das Genre des Kinderliedes praktisch begründet. Er schreibt Lieder für alle Gelegenheiten, bei denen die Kinder ganz nebenbei auch noch etwas lernen.

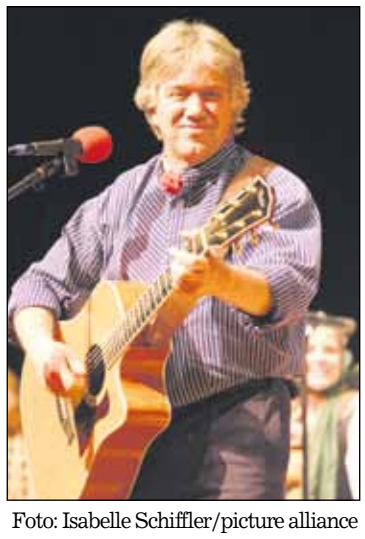


Foto: Isabelle Schiffler/picture alliance

Rolf Zuckowskis Vater schenkte ihm seine erste Gitarre.

Wer nach 1980 geboren wurde, dürfte mit Rolf Zuckowskis Liedern aufgewachsen sein. „Rolfs Vogelhochzeit", „In der Weihnachtsbäckerei" oder „Du da im Radio" sind inzwischen Kinderliedklassiker.

In einer Schülerband machte Rolf Zuckowski seine ersten musikalischen Schritte. Als Texter verhalf er später unter anderem Nana Mouskouri zu Hits. Er selbst wurde mit dem umgetexteten Volkslied der Vogelhochzeit bekannt. Seitdem erzählt er auf seinen Alben mit eingängigen Melodien und kindgerechten Texten Geschichten und ganz nebenbei lernen die Kinder etwas, zum Beispiel über Verkehrsregeln. Rolf Zuckowski engagiert sich nicht nur für Verkehrserziehung und „Ein Herz für Kinder", er hat auch eine eigene Stiftung zur musikalischen Förderung von Kindern gegründet und zusammen mit Kollegen den „Kita-Musikpreis" ausgeschrieben.

Seit Jahrzehnten beglückt der Familienvater dreier Kinder sein großes und kleines Publikum mit Mitmachkonzerten. Nebenbei findet er auch noch Zeit, Kinderbücher zu schreiben. Rolf Zuckowski wird am 12. Mai 65 Jahre alt, aber in seinem Herzen ist er jung geblieben und kann sich in Kinderseelen einfühlen. Als Geburtstagsgruß passen die Worte, die er in einem seiner beliebtesten Hits getextet hat: „Wie schön dass du geboren bist, wir hätten dich sonst sehr vermisst..."

Kabarettist Dieter Hildebrandt feiert 85. Geburtstag

Vorsicht: bissiger Kabarettist

Dieter Hildebrandts scharfzüngige Kommentare im Theater und im Fernsehstudio erregten immer wieder die Gemüter und erheiterten das Publikum. Der Kabarettist hat viele junge Talente gefördert, nur bei unpolitischem Herumblödeln vergeht ihm der Humor.

Foto: Joerg Carstensen/dpa

Dieter Hildebrandt erhielt 2004 den Grimme Preis.

Dieter Hildebrandt hat das politische Kabarett in Deutschland nach dem Krieg entscheidend geprägt. Auf den Geschmack an Witz und Kritik kam Hildebrandt während seines Studiums der Theaterwissenschaft. Neben Studium und Schauspielausbildung arbeitete Hildebrandt als Kartenabreißer im Kabarett und gründete selbst eine Kabaretttruppe. Die wurde so erfolgreich, dass er Studium und Schauspielausbildung sausen ließ.

Mit Sammy Drechsel als Ko-Autor gründete er 1956 die inzwischen legendäre „Münchner Lach- und Schießgesellschaft" und trat mit Klaus Havenstein, Ursula Herking und Jürgen Diedrich vor stets ausverkauftem Haus auf. 1972 löste sich die Truppe auf.

Ab 1973 flimmerte Hildebrandts „Notizen aus der Provinz" das erste Mal über den Fernsehäther und wurde als erste regelmäßige Satiresendung berühmt-berüchtigt. Sechs Jahre lief sie im ZDF, 1979 kam das Aus nach viel Kritik konservativer Politiker, die immer wieder Zielscheibe seines Spotts waren. Hildebrandt selbst hat nie verhehlt, dass er „mit der SPD sympathisiert".

In der ARD folgte von 1980 bis 2003 der „Scheibenwischer", in dem Hildebrandt live aktuelle politische Ereignisse kommentierte und Kollegen wie Bruno Jonas, Georg Schramm, Mathias Richling und Frank Lüdecke bekannt machte. Seine scharfe Zunge sorgte auch hier wieder für Kontroversen. Nach seinem Ausstieg 2003 trat Hildebrandt nur noch gelegentlich als Gast in der Sendung auf, behielt aber weiter seinen Einfluss auf die Sendung bei. So verbot er seinem Nachfolger Mathias Richling, unpolitische Comedians auftreten zu lassen.

Immer wieder geht er als Kabarettist auf Solotourneen, spielt in Filmen mit und verfasst erfolgreiche Bücher. Der Sprachkünstler und Spötter hat viele Preise für sein Werk eingeheimst. Am 23. Mai feiert Dieter Hildebrandt seinen 85. Geburtstag, was ihn nicht daran hindert, das politische Geschehen mit kritischem Blick zu verfolgen und die Mächtigen mit ironischen Kommentaren zurecht zu stutzen.